

Antragsbuch des Landesparteitages 2012.1

Piratenpartei Brandenburg

9. Juni 2012

Inhaltsverzeichnis

I	Satzungsänderungen	5
1	Eingereichte Satzungsänderunganträge	5
	SA001 - Mobbingbeauftragter	5
	SA002 - Aufteilung Mitgliedsbeitrag	6
	SA003 - Aufteilung Mitgliedsbeitrag aus Landessicht	7
	SA004 - Vertrauensbeauftragter	8
II	Grundsatzprogramm	9
	GP001 - Erweiterung Präambel Landesprogramm	9
	GP002 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern im Programm	10
	GP003 - Inklusion Programm	11
III	Wahlprogramm	12
1	Vorwort	12
	WP001 - Einleitung Wahlprogramm	12
2	Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte	13
	WP002 - Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum	13
	WP003 - Videoüberwachung auf Demonstrationen	14
	WP004 - Automatisierte Kennzeichenerfassung	15
	WP006 - Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten	16
	WP012 - Für Menschenrechte kämpfen	17
	WP013 - Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen	18
	WP014 - Onlineüberwachung	19
	WP015 - Ablehnung von Körperscannern	20
	WP052 - Personelle Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht	21
	WP076 - Ablehnung des Einsatzes des "Schultrojaners"	22
	WP082 - Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners	23
	WP087 - Grundrecht auf Internetzugang	24
3	Inneres und Justiz	25
	WP005 - Jugendkriminalität und Prävention	25
	WP008 - Der Polizeibeauftragte des Landtages	26
	WP009 - Kennzeichnung von Polizisten	27
	WP010 - Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus	28
	WP011 - Transparenz im Strafverfahren	29
	WP016 - Verbesserte Ausstattung der Polizei	30
	WP063 - Ablehnung Flughafenasylverfahren	31
	WP064 - Abschaffung Residenzpflicht	32
	WP083 - Ablehnung der elektronischen Fußfessel für ehemalige Straftäter	33
	WP084 - Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz	34
	WP085 - Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz	35

4	Transparenz in Politik und Verwaltung	36
	WP007 - Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung	36
	WP019 - Livestream und Videoprotokolle des Landtags	37
	WP023 - Transparenz in Verwaltung und Politik	38
	WP051 - Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes	39
5	Medien, Kunst und Kultur	40
	WP017 - Depublizieren abschaffen	40
	WP018 - Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten	41
	WP021 - Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden	42
6	Demokratie und Wahlrecht	43
	WP020 - Onlinepetitionen nach Bundesvorbild	43
	WP022 - Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen	44
	WP029 - Sperrklauseln bei Wahlen	45
	WP030 - Bürgermeister per Zustimmungswahl	46
	WP031 - Demokratie bezieht alle ein	47
	WP094 - Demokratie ohne Staatszugehörigkeit	48
	WP095 - Wahlrecht ab Geburt	49
	WP096 - Staatsangehörigkeit	50
	WP050 - Gleiches Kommunalwahlrecht für alle Bürger	51
	WP053 - Senkung der Hürden für Volksbegehren	52
	WP054 - Kumulieren und Panaschieren	53
	WP055 - Bürgerbegehren zu Bauprojekten	54
	WP056 - Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen	55
	WP057 - Frist für Korrekturbegehren verlängern	56
	WP058 - Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen	57
	WP072 - Abschaffung der Amtseintragung	58
	WP073 - Reform des Verfahrens für Volksentscheide	59
7	Geschlechter- und Familienpolitik	60
	WP025 - Geschlechter- und Familienpolitik: Familie hat viele Gesichter	60
	WP026 - Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung	61
	WP027 - Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens	62
	WP028 - Freie Selbstbestimmung und Familienförderung	63
8	Umwelt- und Naturpolitik	64
	WP032 - Umweltpolitik im Land Brandenburg	64
	WP033 - Nachhaltigkeit und Beständigkeit	65
	WP034 - Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes	66
	WP035 - Verbandsklagerecht für Umweltverbände	67
	WP036 - Lichtverschmutzung reduzieren	68
	WP037 - Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur	69
	WP038 - Keine Privatisierungen großer staatlicher Flächen	70
	WP040 - Stärkung regionaler Anbieter und Versorgerstrukturen	71
	WP041 - Kleingartenanlagen	72
	WP062 - Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen	73
	WP077 - Vielfalt statt Monokulturen	74
	WP086 - Umweltschäden Flugverkehr	75
	WP097 - Landesweite Lärmkartierung	76
9	Verkehrspolitik	77
	WP039 - Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Ausbau des Angebots freier und öffentlicher Individualverkehrslösungen	77
	WP078 - Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs	78
10	Energiepolitik	79
	WP042 - Energiepolitik im Land Brandenburg	79
	WP043 - Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg	80
	WP044 - Nachhaltigkeit der Energieerzeugung	81
	WP045 - Ablehnung von Fracking	82
	WP046 - Gleichberechtigter Netzzugang	83
	WP047 - Ausbau der Speichermedien	84
	WP048 - Kein Ausbau des Braunkohleabbaus	85

WP049 - Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom	86
WP079 - Sonnenenergie	87
WP080 - Lärmemissionen	88
WP081 - CCS-Technologie	89
11 Gesundheitspolitik	91
WP061 - Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern	91
12 Bildungspolitik und Inklusion	92
WP065 - Mehr Geld für Bildung	92
WP075 - Keine Kürzung des Bildungshaushalts	93
WP066 - Keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften	94
WP067 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern	95
WP068 - Qualitätswettbewerb fördern	96
WP069 - Visitation an allen Schulen	97
WP070 - Inklusion	98
WP071 - Umsetzung Inklusion	99
13 Staat und Religion	100
WP074 - Staat und Religion	100
14 Suchtpolitik	101
WP098 - Suchtpolitik	101
WP088 - Präventionsunterricht an Schulen	103
WP089 - Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken	104
WP090 - Drogen und Suchtprävention	105
15 Haushaltspolitik	106
WP091 - Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt	106
WP092 - Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhaltern im Haushalt	107
WP093 - Einführung des doppischen Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene	108
IV Positionspapiere	109
1 Eingereichte Positionspapiere	109
Q001 - Volksentscheid über ESM	109
Q002 - Unterstützung der Volksinitiative Hochschulen erhalten	111
Q003 - Ablehnung des ESM-Vertrages	112
Q004 - Positionspapier BER	113
Q005 - Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt	115
Q006 - Volksbegehren Nachtflugverbot BER	116
V Sonstige Anträge	117
X001 - Redaktionskommission	117
X002 - Synchronisation der Landes-Mailingliste	118

Index

GP001, 9
GP002, 10
GP003, 11

Q001, 109
Q002, 111
Q003, 112
Q004, 113
Q005, 115
Q006, 116

SA001, 5
SA002, 6
SA003, 7
SA004, 8

WP001, 12
WP002, 13
WP003, 14
WP004, 15
WP005, 25
WP006, 16
WP007, 36
WP008, 26
WP009, 27
WP010, 28
WP011, 29
WP012, 17
WP013, 18
WP014, 19
WP015, 20
WP016, 30
WP017, 40
WP018, 41
WP019, 37
WP020, 43
WP021, 42
WP022, 44
WP023, 38
WP025, 60
WP026, 61
WP027, 62
WP028, 63
WP029, 45
WP030, 46
WP031, 47
WP032, 64
WP033, 65
WP034, 66
WP035, 67
WP036, 68
WP037, 69
WP038, 70
WP039, 77
WP040, 71
WP041, 72
WP042, 79
WP043, 80
WP044, 81
WP045, 82
WP046, 83
WP047, 84

WP048, 85
WP049, 86
WP050, 51
WP051, 39
WP052, 21
WP053, 52
WP054, 53
WP055, 54
WP056, 55
WP057, 56
WP058, 57
WP061, 91
WP062, 73
WP063, 31
WP064, 32
WP065, 92
WP066, 94
WP067, 95
WP068, 96
WP069, 97
WP070, 98
WP071, 99
WP072, 58
WP073, 59
WP074, 100
WP075, 93
WP076, 22
WP077, 74
WP078, 78
WP079, 87
WP080, 88
WP081, 89
WP082, 23
WP083, 33
WP084, 34
WP085, 35
WP086, 75
WP087, 24
WP088, 103
WP089, 104
WP090, 105
WP091, 106
WP092, 107
WP093, 108
WP094, 48
WP095, 49
WP096, 50
WP097, 76
WP098, 101

X001, 117
X002, 118

Teil I.

Satzungsänderungen

1. Eingereichte Satzungsänderunganträge

SA001 - Mobbingbeauftragter

Antragsteller: andreas390 konkurrierend zu SA004 (Seite 8) → Version: 20. April 2012; 15:23 Uhr

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Mobbingbeauftragter

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Satzung des Landesverbandes wie folgt geändert wird: > Abschnitt 4 wird durch einen neuen § 31 ergänzt. > In Abschnitt 5 wird die Nummerierung der bisherigen Paragraphen wie folgt verändert. § 31 wird nunmehr zu § 32, der bisherige § 32 zu § 33.

Der neue § 31 lautet wie folgt:

- (1) ¹Der Landesparteitag wählt einen Mobbingbeauftragten sowie einen Stellvertreter. ²Der stellvertretende Mobbingbeauftragte kommt zum Einsatz, wenn der Mobbingbeauftragte verhindert ist.
- (2) ¹Jeder Pirat des Landesverbandes Brandenburg hat das Recht, sich an die Mobbingbeauftragten zu wenden. ²Hierzu kann er eine Person seines Vertrauens hinzuziehen.
- (3) Der Mobbingbeauftragte befasst sich mit der Feststellung und Schlichtung von Mobbing.
- (4) Der Mobbingbeauftragte unterliegt der Schweigepflicht, sofern er von den Beteiligten hiervon nicht entbunden wird.
- (5) ¹Der Mobbingbeauftragte prüft, ob es sich bei den Geschehnissen um Mobbing handelt. ²Sofern er zu der Annahme kommt, dass es sich um Mobbing handelt, soll er - mit Einverständnis der Beteiligten - eine einvernehmliche Konfliktlösung anstreben.

Begründung:

Dort wo Menschen miteinander kommunizieren, kommt es zwangsläufig auch immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen. Auseinandersetzungen sind nicht per se schlecht. Sie können auch Anlass zum Überdenken eigener Positionen sein. Die Auseinandersetzungen müssen jedoch sachlich und fair ausgetragen werden. Einen Beitrag zum sachlichen und konstruktiven Umgang miteinander sowie zur Lösung von Konflikten kann durch einen Mobbingbeauftragten geleistet werden.

SA002 - Aufteilung Mitgliedsbeitrag

Antragsteller: Veit Göritz konkurrierend zu SA003 (Seite 7) → Version: 26. April 2012; 14:04 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

SA002 – Aufteilung Mitgliedsbeitrag

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, die Landessatzung wie folgt zu ergänzen:

In Ergänzung zur Satzung der Piratenpartei Abschnitt B § 6 Abs. 2 in der Fassung vom 04.10.2011 wird die Aufteilung des Mitgliedsbeitrages wie folgt geregelt:

§ 29 Abs. 1 wird um Satz 4 ergänzt:

Der Landesverband erhält 25 % des Beitrages. Der für das Mitglied zuständige Stadt-, Kreis- oder Regionalverband erhält 15 %. Der für das Mitglied zuständige Ortsverband erhält 20 %.

Begründung:

Dieser Antrag löst ein Problem der aktuellen Finanzordnung.

Auszug:

§ 6 Aufteilung Mitgliedsbeitrag

- (1) Der Mitgliedsbeitrag ist vom zuständigen Landesverband aufzuteilen. 40 % des Beitrages erhält der Bundesverband.
(2) Ist in der Satzung des Landesverbandes keine anderslautende Verteilungsregelung getroffen, gilt folgender Verteilungsschlüssel des Mitgliedbeitrages: Der Landesverband erhält 20 %. Der für das Mitglied zuständige Bezirksverband erhält 10 %. Der für das Mitglied zuständige Kreisverband erhält 10 %. Der für das Mitglied zuständige Ortsverband erhält 20 %.
(3) Sollte im Falle einer Aufteilung nach § 6 Abs. (2) kein für das Mitglied zuständiger Ortsverband und/oder Kreisverband und/oder Bezirksverband existieren, fällt der ihm zustehende Anteil an die nächsthöhere Gliederung.

Entgegen der Intention der neuen Finanzordnung, den Untergliederungen unterhalb des Landesverbandes mehr Mittel zukommen zu lassen, bewirkt sie im Landesverband Brandenburg das Gegenteil. In Brandenburg existieren keine Bezirksverbände. Die den Bezirksverbänden zustehenden 10 % des Mitgliedsbeitrages fallen laut § 6 (3) an die nächsthöhere Gliederung. Der Landesverband erhält somit auf ewig 30 %. Der Antrag stellt auf Landesebene den Verteilungsschlüssel der alten Finanzordnung wieder her.

Abschnitt Mitgliedsbeitrag aktuelle Finanzordnung: [Link](#)

Abschnitt Mitgliedsbeitrag alte Finanzordnung: [Link](#)

Dank an Bastian und Rico für die Mitarbeit!

SA003 - Aufteilung Mitgliedsbeitrag aus Landessicht

Antragsteller: uk konkurrierend zu SA002 (Seite 6) → Version: 13. Mai 2012; 13:25 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

SA003 – Aufteilung Mitgliedsbeitrag aus Landessicht

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, die Landessatzung wie folgt zu ergänzen:

In Ergänzung zur Satzung der Piratenpartei Abschnitt B § 6 Abs. 2 in der Fassung vom 04.10.2011 wird die Aufteilung des Mitgliedsbeitrages wie folgt geregelt:

§ 29 Kassen- und Kontoführung, Finanzen wird um einen Absatz 5 ergänzt:

(5) ¹Die Verteilung aller dem Landesverband nach Abzug des Anteils des Bundesverbands zustehender Mitgliedsbeitragsanteile wird wie folgt festgelegt: Der Landesverband erhält 50 % des Beitragsanteils. ²Der für das Mitglied zuständige Stadt-, Kreis- oder Regionalverband erhält 30 %. ³Der für das Mitglied zuständige Ortsverband erhält 20 %. ⁴Sollte im Falle einer Aufteilung kein für das Mitglied zuständiger Orts-, Kreis-, Stadt- und/oder Regionalverband existieren, fällt der ihm zustehende Anteil an die nächsthöhere Gliederung.

Begründung:

Die Verteilungsregelung aller den Gliederungen des Landesverbandes zustehender Mitgliedsbeitragsanteile legt fest, dass unabhängig von der Höhe des Bundesanteils, die Verteilung aus Sicht des Landesverbandes erfolgt. Egal wie hoch der Bundesanteil ist oder wird, bleibt die Entscheidungsgewalt zur Aufteilung der uns zustehenden Mitgliedsbeitragsanteile innerhalb des Landesverbandes. Durch diese Regelung in unserer Landessatzung bleiben wir flexibel bei zukünftigen Entscheidungen.

SA004 - Vertrauensbeauftragter

Antragsteller: andreas390 konkurrierend zu SA001 (Seite 5) → Version: 18. Mai 2012; 11:09 Uhr

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Vertrauensbeauftragter

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Satzung des Landesverbandes wie folgt geändert wird: > Abschnitt 4 wird durch einen neuen § 31 ergänzt. > In Abschnitt 5 wird die Nummerierung der bisherigen Paragraphen wie folgt verändert. § 31 wird nunmehr zu § 32, der bisherige § 32 zu § 33.

Der neue § 31 lautet wie folgt:

- (1) ¹Der Landesparteitag wählt einen Vertrauensbeauftragten sowie einen Stellvertreter. ²Der stellvertretende Vertrauensbeauftragte kommt zum Einsatz, wenn der Vertrauensbeauftragte verhindert ist.
- (2) ¹Jeder Pirat des Landesverbandes Brandenburg hat das Recht, sich an die Vertrauensbeauftragten zu wenden. ²Hierzu kann er eine Person seines Vertrauens hinzuziehen.
- (3) Der Vertrauensbeauftragte befasst sich mit der Prävention und einvernehmlichen Lösung von Konflikten.
- (4) Der Vertrauensbeauftragte unterliegt der Schweigepflicht, sofern er von den Beteiligten hiervon nicht entbunden wird.
- (5) Der Vertrauensbeauftragte strebt - mit Einverständnis der Beteiligten - eine einvernehmliche Konfliktlösung an.

Begründung:

Dort wo Menschen miteinander kommunizieren, kommt es zwangsläufig auch immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen. Auseinandersetzungen sind nicht per se schlecht. Sie können auch Anlass zum Überdenken eigener Positionen sein. Die Auseinandersetzungen müssen jedoch sachlich und fair ausgetragen werden. Einen Beitrag zum sachlichen und konstruktiven Umgang miteinander sowie zur Lösung von Konflikten kann durch einen Vertrauensbeauftragten geleistet werden.

Der vorliegende Antrag versteht sich als Konkurrenzantrag zu SA001. Er berücksichtigt im Vorfeld eingebrachte Anregungen, u.a. auf Erweiterung des Aufgabenkreises (Prävention, Konflikte) sowie die Benennung des Beauftragten.

Teil II.

Grundsatzprogramm

GP001 - Erweiterung Präambel Landesprogramm

Antragsteller: Christian Kairies → Version: 14. Mai 2012; 23:22 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

GP001 - Erweiterung Präambel Landesprogramm

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Präambel des Landesprogramms wie folgt geändert wird:

Präambel

Der Landesverband Brandenburg gibt sich in Ergänzung zum Parteiprogramm der Piratenpartei Deutschland folgendes Programm: Die Menschen- und Bürgerrechte bilden die Grundlage für die Grundrechte der Bürger, festgeschrieben im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wir treten für die Freiheit und Selbstbestimmung eines jeden Menschen ein. Wir sind als Stimme der Bürgerrechtsbewegung des Informationszeitalters entstanden, die die fortschreitenden Einschnitte und den Abbau von Grund- und Bürgerrechten nicht länger hinnehmen will. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Schutz und die Verbesserung jener verbrieften Rechte. Wir lehnen ihre Beschränkungen ab und setzen uns für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung dieser Rechte ein. Die Piratenpartei setzt sich zudem dafür ein, dass sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht, sexuellen Identität, Religion, seinem sozialen Hintergrund und persönlichen Lebenssituation frei entfalten kann. Jede Form von Diskriminierung lehnen wir ab. Die Freiheit des Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie. Die verbrieften Grundrechte sind die Grundlage der Ideen, aus denen die Ziele und Positionen der Piraten des Landesverbandes Brandenburg erarbeitet werden.

Begründung:

Anmerkung: Es sind die Punkte "sozialer Hintergrund" und "persönliche Lebenssituation" hinzugekommen, der ursprüngliche Punkt "Sexualität" wurde durch "sexuelle Identität" ersetzt. Darüber hinaus wurde die bestehende Präambel nicht verändert. Begründung: In Gesprächen mit anderen Piraten wurde z.T. ein zweifelhaftes Menschenbild gegenüber sozial benachteiligten Menschen deutlich. Mit dieser Erweiterung möchten die Piraten Brandenburg zeigen, dass sie Politik für alle Menschen, auch Menschen in sozialen Notlagen, machen. Auf dem LT in Nauen kam es zur Diskussion um den Begriff "Sexualität". Die anwesenden Piraten waren der Ansicht, dass der Begriff der "sexuellen Identität" besser geeignet und weniger missverständlich ist, als der Begriff "Sexualität".

GP002 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern im Programm

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:48 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

GP002 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern im Programm

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Parteiprogramm Absatz Vielfalt und Wahlfreiheit aufzunehmen:

Jede Schule in freier Trägerschaft, die kein Schulgeld verlangt, wird finanziell im gleichen Umfang gefördert wie eine staatliche Schule.

Begründung:

Viele staatliche Schulen haben massive Qualitätsprobleme. Da sich Schulentwicklungsschritte an staatlichen Schulen in Zeiträumen von vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten vollziehen, können und wollen nicht alle warten bis die staatlichen Schulen ihre Probleme in den Griff bekommen. Deshalb sollen Eltern, Kommunen und andere interessierte Initiativen eine faire Chance erhalten eine bessere Alternative zu schaffen. Die Praxis zeigt, dass freie Schulen in der Vermittlung von Kompetenzen und in zentralen pädagogischen Fragen, wie z.B. der individuellen Förderung, den staatlichen Schulen oftmals überlegen sind. Freie Träger reagieren flexibler auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Ihr Qualitätsbewusstsein ist ausgeprägter. Der Verzicht auf Schulgeld stellt sicher, dass hier keiner Elitenbildung über den Geldbeutel Vorschub geleistet wird. Der Staat soll sich in der finanziellen Förderung gegenüber allen Schulen ohne Schulgeld neutral verhalten. Freie Schulen die weiterhin Schulgeld verlangen, werden nach dem bisherigen Schlüssel weiterfinanziert.

GP003 - Inklusion Programm

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:43 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

GP003 - Inklusion Programm

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Parteiprogramm Abschnitt Bildung aufzunehmen:

Inklusion als Menschenrecht

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mitzugestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von "Fürsorge", ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der "inkluisiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten "geistige Entwicklung", "Hören", "körperliche und motorische Entwicklung" und "Sehen" haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Inklusion ist ein wichtiges aktuelles Thema zu welchem wir unmissverständlich Stellung beziehen sollten.

Teil III.

Wahlprogramm

1. Vorwort

WP001 - Einleitung Wahlprogramm

Antragsteller: RicoB CB → Version: 21. März 2012; 13:05 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP001 - Einleitung Wahlprogramm

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Einleitung:

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit - und natürlich auch bei uns im Land Brandenburg.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfes zur Europa- und Bundestagswahl im Jahr 2009 erlebte die Piratenpartei, damals nur wenige Hundert Mitglieder stark, einen großen Mitgliederzuwachs. Für die schwedische Schwesterpartei sitzen seitdem zwei Abgeordnete im Europaparlament. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort zwei Prozent der Stimmen erreichen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 konnte die Piratenpartei Deutschland ihren ersten großen Erfolg erzielen und erstmals Abgeordnete in ein Parlament auf Landesebene entsenden.

Der Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden. Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind auch in Brandenburg die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgerinnen und Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil Aller mitgestalten will.

Am XX.XX.20XX tritt die Piratenpartei das erste Mal zu einer Landtagswahl in Brandenburg an. Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei, gegründet am 3. Oktober 2008, ist seitdem stetig gewachsen. Heute gehören den PIRATEN Brandenburg mehr als XXX Mitglieder aus allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten an. Wir wollen unsere ureigenen Themen, abgeleitet aus Grund- und Bürgerrechten, in die politische Diskussion einbringen und unsere Standpunkte mit der nötigen Sachlichkeit vertreten. Wir haben grundlegende Ansichten, Ideale und Ziele, die in allen Politikbereichen relevant sind. Für die Landtagswahl in Brandenburg haben wir uns weitere Themenfelder erschlossen und diese in öffentlichen und breitgefächerten Diskussionen mit konkreten Inhalten gefüllt. Auf den folgenden Seiten werden wir zu vielen landespolitischen Themen klar Stellung beziehen und Ihnen zeigen, wie wir die Politik im Land Brandenburg aktiv mitgestalten wollen.

Die Piratenpartei ist eine Mitmachpartei! Reden, diskutieren und streiten Sie mit uns und unterstützen Sie uns - zum Beispiel bei Infoständen, Stammtischen oder anderen Veranstaltungen - dabei, Politik zu machen! Wir hoffen, dass wir Sie mit unseren Inhalten überzeugen können und Sie uns am XX.XX.20XX bei der Landtagswahl in Brandenburg Ihr Vertrauen schenken und Sie uns mit Ihrer Stimme unterstützen. Beeinflussen Sie die Politik im Land Brandenburg und gehen Sie am XX.XX.20XX zur Wahl.

Klarmachen zum Ändern!

Begründung:

Anmerkung: Der Antragstext enthält noch Platzhalter (zum Beispiel beim Datum der Wahl und der Mitgliederzahl). Diese sollen dann, sobald die Daten feststehen, eingefügt werden.

2. Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte

WP002 - Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 17:04 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP002 - Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Beobachtung und Überwachung im öffentlichen Raum

Die Beobachtung und Überwachung des öffentlichen Raumes durch optisch-elektronische Einrichtungen kann in Einzelfällen die Aufklärung von Straftaten erleichtern. In der Regel wäre eine Aufklärung jedoch auch ohne das gewonnene Bildmaterial erfolgreich gewesen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben außerdem gezeigt, dass eine solche Überwachung nicht zur Prävention von Straftaten geeignet ist.

Daher lehnen die PIRATEN Brandenburg den Ausbau der öffentlichen Beobachtung und Überwachung strikt ab. Aktuelle Maßnahmen und der Einsatz neuer Technologien bei der öffentlichen Überwachung sind kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Das Gefühl, durch Kameras beobachtet zu werden, vermittelt keine Sicherheit, sondern schränkt die persönliche Freiheit ein. Statt technischer Mittel wollen wir eine höhere Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften an potenziellen Kriminalitätsschwerpunkten.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP003 - Videoüberwachung auf Demonstrationen

Antragsteller: Jensbernau → Version: 01. Mai 2012; 17:09 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP003 - Videoüberwachung auf Demonstrationen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Videoüberwachung auf Demonstrationen

Die Teilnahme an einer gesetzmäßigen und ordentlich angemeldeten Demonstration ist ein legitimes Mittel, um eine politische Meinung kundzutun. Die bloße Teilnahme rechtfertigt es keinesfalls, Demonstranten unter den Verdacht zu stellen, einen Gesetzesbruch begehen zu wollen. Daher lehnen die PIRATEN Brandenburg ausdrücklich den allgemeinen und präventiven Einsatz von Überwachungskameras während Demonstrationen ab. Die Entscheidung für den Einsatz von Überwachungsmaßnahmen während einer Demonstration ist von den verantwortlichen Einsatzkräften nach pflichtgemäßem Ermessen unter gleichzeitiger Beurteilung der Gefahren- und Aggressionslage zu treffen. Im Übrigen ist der Einsatz von Überwachungskameras gegenüber friedlich demonstrierenden Bürgern abzulehnen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP004 - Automatisierte Kennzeichenerfassung

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 17:10 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP004 - Automatisierte Kennzeichenerfassung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Automatisierte Kennzeichenerfassung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März 2008 hat eindeutig klargestellt, dass eine verdachtsunabhängige, flächendeckende und automatisierte Kennzeichenerfassung zwecks Abgleich mit Fahndungsdaten in diversen Belangen, dabei nicht zuletzt der Verhältnismäßigkeit, nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Daher ist es den PIRATEN Brandenburg unbegreiflich, warum solche Maßnahmen zum Einsatz kommen. Einen solchen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte lehnen wir entschieden ab. Auch ein stichprobenhafter Abgleich automatisiert erfasster Autokennzeichen, so wie es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zulässt, ist für uns nicht akzeptabel.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP006 - Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten

Antragsteller: Jensbernau → Version: 01. Mai 2012; 17:16 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP006 - Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Erfassung und Speicherung von Biometrischen Daten

Es lässt sich derzeit der besorgniserregende Trend beobachten, dass in immer größerem Umfang die Speicherung und der automatisierte Abgleich von biometrischen Daten erfolgt. Es ist weder zu verhindern, dass die Grundrechte unschuldiger Bürger bei einem solchen Vorgehen verletzt werden, noch dass ein solches Vorgehen auf Basis existierender Daten immer häufiger angewendet wird. Daher lehnen die PIRATEN Brandenburg die Erfassung biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne erwiesene Straftat kategorisch ab.

Darüber hinaus lehnen die PIRATEN Brandenburg die dauerhafte Speicherung von DNA-Datensätzen von nicht belasteten Personen grundsätzlich ab. Auch persönliche Daten, die im erkennungsdienstlichen Verfahren gewonnen wurden, sind im Falle des § 170 Abs. 2 StPO oder bei Freispruch, nach Abschluss des Verfahrens unverzüglich zu löschen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP012 - Für Menschenrechte kämpfen

Antragsteller: Piper → Version: 01. Mai 2012; 21:07 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP012 - Für Menschenrechte kämpfen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Für Menschenrechte kämpfen

Die grundlegenden Rechte jedes Menschen sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, beschlossen und anerkannt von den Staaten der Vereinten Nationen, stellt dabei die umfassende und allgemein anerkannte Sammlung dieser Rechte dar. Die dort genannten Rechte sind unteilbar und gelten für jeden Menschen gleichermaßen, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion, seinem Geschlecht, seiner Kultur oder anderen Merkmalen. Jeder Mensch muss sich frei entfalten können, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Jede Diskriminierung ist abzulehnen. Die Piratenpartei Brandenburg kämpft dafür, die Menschenrechte national wie international durchzusetzen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP013 - Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 21:12 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP013 - Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

Gemeinsam mit den Menschenrechten bilden die Bürgerrechte die Grundrechte der Menschen, die sich zum deutschen Staat zusammengefunden haben. Die PIRATEN Brandenburg stehen hinter dem Grundgesetz in der ursprünglichen Form, wie es unsere Gründungsväter 1949 ausgearbeitet haben. Insbesondere lehnen wir Änderungen an dem die Grundrechte umfassenden ersten Abschnitt, den Artikeln 1 bis 19, ab. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass solche Änderungen immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein. Die Piratenpartei Brandenburg will die Bürgerrechte verteidigen, insbesondere auch gegenüber dem Staat und dessen Einrichtungen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP014 - Onlineüberwachung

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 21:18 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP014 - Onlineüberwachung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Onlineüberwachung

Die Freiheit des Einzelnen ist ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht. In den letzten Jahren ist dennoch eine Tendenz zu beobachten, im Namen der Sicherheit die Freiheitsrechte einzuschränken. Dem tatsächlichen Verlust an Freiheit steht allerdings nur ein vermeintlicher Gewinn an Sicherheit gegenüber. Die PIRATEN Brandenburg lehnen daher eine Ausweitung von Überwachungstätigkeiten im Internet ab. Eine virtuelle Streife, die mehr als die von den Nutzern für das gesamte Internet veröffentlichten Daten einsieht, stellt eine Übertretung der Privatsphäre dar. Das Hausrecht ist auch im Internet zu beachten. Aus diesem Grund lehnen die PIRATEN Brandenburg eine verdachtsunabhängige, nicht durch individuelle richterliche Anordnung zugelassene Beobachtung von mit Zugangsbeschränkungen versehenen Kommunikationsräumen sowie den Einsatz von Überwachungssoftware ab, sofern keine unmittelbare Gefahr für Leib oder Leben von Menschen vorliegt. Die Verwendung von im Internet gesammelten Daten zur Profilbildung außerhalb von Ermittlungstätigkeiten lehnen wir grundsätzlich ab.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP015 - Ablehnung von Körperscannern

Antragsteller: Metal.olf → Version: 01. Mai 2012; 21:19 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP015 - Ablehnung von Körperscannern

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ablehnung von Körperscannern

Die Piratenpartei Brandenburg sieht das an verschiedenen Flughäfen durchgeführte Experiment mit den sogenannten Körperscannern, umgangssprachlich "Nacktschanner" genannt, als gescheitert an und fordert einen kompletten Verzicht auf diese überflüssige Technik. Tests haben gezeigt, dass diese Geräte nicht zu mehr Sicherheit führen. Statt zu einer Beschleunigung der Passagierabfertigung beizutragen, wird diese noch massiv verzögert. Auch die existierenden Datenschutzbedenken konnten nicht ausgeräumt werden. Angesichts der Tatsache, dass die Geräte mindestens das zehnfache herkömmlicher Metalldetektoren kosten, gibt es daher keinen einzigen vernünftigen Grund, der für den Einsatz dieser Geräte spricht. Bei Körperscannern handelt es sich um nutzloses Sicherheitstheater, wie es die PIRATEN Brandenburg prinzipiell ablehnen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP052 - Personelle Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 05:45 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP052 - Personelle Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Personelle Ausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Antragstext: Die Arbeitsbelastung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Land Brandenburg seit der Zusammenführung der Datenschutzaufsicht über den öffentlichen und privaten Bereich deutlich angestiegen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht die notwendige personelle Ausstattung zur Verfügung gestellt wird, um die zahlreich anfallenden Aufgaben umfänglich und gewissenhaft zu erledigen.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP076 - Ablehnung des Einsatzes des “Schultrojaners”

Antragsteller: RicoB CB → Version: 16. Mai 2012; 14:44 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP076 - Ablehnung des Einsatzes des “Schultrojaners”

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ablehnung des Einsatzes des “Schultrojaners”

Die Piratenpartei Brandenburg lehnt verdachtsunabhängige Kontrollen von Computern in Schulen - mit dem Ziel urheberrechtlich geschützte Werke zu entdecken - entschieden ab, da derartige Kontrollen mit dem Datenschutz nicht zu vereinbaren sind. Auf Computern in Schulen darf keine Software installiert werden, die nach Plagiaten sucht. Die PIRATEN Brandenburg lehnen den Einsatz einer solchen Überwachungssoftware ab, da es sich um einen enormen Vertrauensbruch gegen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonal handelt. Die Piratenpartei Brandenburg fordert darüber hinaus die Freigabe von Lehrmitteln unter Creative Commons-Lizenzen. Diese Lizenzen ermöglichen eine weitgehend freie Nutzung von Inhalten.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP082 - Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners

Antragsteller: Veit → Version: 17. Mai 2012; 11:02 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP082 - Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ablehnung des Einsatzes des Staatstrojaners

Die PIRATEN Brandenburg lehnen den Einsatz so genannter Bundes- oder Staatstrojaner als stets unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ab. Durch die Installation einer komplexen Software zur Durchführung des verdeckten Zugriffs werden informationstechnische Systeme prinzipbedingt nachhaltig verändert. Die Integrität der gespeicherten Daten ist so nicht mehr gewährleistet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind daher als Beweis vor Gericht völlig ungeeignet. Wir setzen uns deshalb für ein gesetzlich geregeltes ausnahmsloses Verwertungsverbot von Beweisen ein, die auf diese Art gewonnen wurden. Das Eindringen in informationstechnische Systeme zum Zwecke der verdeckten Überwachung lehnen die PIRATEN Brandenburg entschieden ab.

Begründung:

Durch die vom PC-Nutzer unbemerkt durchgeführte Installation der Trojaner-Software wird eine nicht validierte und zertifizierte Software auf dem Zielsystem installiert. Auf Grund des digitalen und binären Charakters der Quellinformationen, die ohne Identifikationsmerkmale des Users vorliegen, wie z.B. Word- oder Textdateien, können jede Art von Daten über den Trojaner auf das infiltrierte Zielsystem übertragen und damit die Zielperson kompromittiert werden. Die Manipulation des Computers und die Übertragung von Datenkopien jeder Art ist jederzeit möglich. Aus technischen Gründen können die unrechtmäßig übertragenen Daten, von den Daten, die ein Benutzer auf dem Zielsystem selbst produziert hat, nicht unterschieden werden. Der Zugriff von Dritten über den durch die Trojaner-Software etablierten Kommunikationskanal kann nicht ausgeschlossen werden.

Aus LQFB: <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1749.html>

WP087 - Grundrecht auf Internetzugang

Antragsteller: FireFox → Version: 18. Mai 2012; 17:25 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP087 - Grundrecht auf Internetzugang

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Grundrecht auf Internetzugang

Die PIRATEN Brandenburg treten für das Grundrecht auf einen diskriminierungsfreien Internetzugang (Breitband) ein. Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Telefon, Rundfunk und Fernsehen eingenommen und ist aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Die Anbindung über Funktechnologie kann nur eine Überbrückung darstellen. Grundsätzlich hat die Anbindung kabelgebunden zu erfolgen - da wo es technisch möglich ist, über Glasfaser.

Der Zugang zu freier Information und zur freien Kommunikation ist genauso ein Grundrecht, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bürger, die diesen Zugang nicht haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt und können sich außerdem nicht aus allgemein verfügbaren Quellen informieren. Insbesondere in Gebieten mit ländlicher Struktur ist ein Ausgleich der Informations- und Kommunikationsdefizite nur noch durch den Internetzugang möglich. Da das Kommunikations- und Datenvolumenaufkommen bereits derzeit immens ist (zum Beispiel E-Mails, Webseiten, Voice over IP, Video on demand), muss ebenfalls eine angemessene Minimalbandbreite gewährleistet werden, die mit der technischen Entwicklung angepasst werden muss.

Auch die Behörden führen zunehmend Onlineangebote ein, um die Defizite durch die ausgedünnte Struktur auszugleichen. Der Bürger ist daher auf die Nutzung des Internets angewiesen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen - wie Schulen, Bibliotheken und Treffpunkten - aus angeblichen Kostengründen haben zu einer erheblichen Erosion der ländlichen Gebiete geführt. Schulen, die immer weiter vom Wohnort entfernt sind, erwarten von den Schülern, dass sie einen umfangreichen Zugang zu Quellen haben, um gestellte Aufgaben auch umsetzen zu können.

Die schlechte Bereitstellung des ÖPNV trägt ebenfalls dazu bei, dass insbesondere junge Menschen kaum noch öffentliche Angebote nutzen oder sich mit anderen treffen können. Das Internet stellt hier keinen gleichwertigen Ersatz dar, kann aber zumindest als Brücke dienen. Die fehlende Anbindung an ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist auch für Klein- und mittlere Unternehmen Grundvoraussetzung für den Betrieb eines Gewerbes, da die Datenübermittlung an Behörden und Sozialversicherungsträger in der Regel nur noch online möglich ist. Betriebe sind ohne garantierten Breitbandanschluss nicht arbeitsfähig. Eine Ansiedlung auch in ländlichen Gebieten ist daher nahezu ausgeschlossen.

Das Kostenargument ist lediglich ein Scheinargument gegen das Grundrecht auf Internetzugang: Strom-, Telefon-, Gas- und Frischwassernetze wurden aus dem Aspekt der Grundversorgung bereits gelegt. Der Wettbewerb findet nicht durch die Netze an sich statt. Der Wettbewerb findet über die Diensteanbieter statt, denen ihrerseits ein diskriminierungsfreier Zugang gewährleistet werden muss.

Begründung:

Weiterentwicklung des [Positionspapiers 21](#), welches zuvor ins Grundsatzprogramm und nun in detaillierter Form ins Wahlprogramm eingebunden werden soll.

3. Inneres und Justiz

WP005 - Jugendkriminalität und Prävention

Antragsteller: Piper → Version: 01. Mai 2012; 17:13 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP005 - Jugendkriminalität und Prävention

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Jugendkriminalität und Prävention

Im Bereich der Jugendkriminalität ist von Symptombekämpfung und Aktionismus Abstand zu nehmen. Die Antwort auf das Problem der Jugendkriminalität ist es nicht, jeden jungen Menschen als potenziellen Straftäter von morgen zu behandeln und so die Nachfrage nach sicherheitspolitischen Maßnahmen künstlich zu steigern. Aufgrund einer seit Jahrzehnten verfehlten Bildungspolitik und einer finanziellen und beruflichen Perspektivlosigkeit muss dieses Problem als hausgemacht bezeichnet werden. Seine Bekämpfung muss an diesen Ursachen ansetzen, indem die Bildungs- und Berufsperspektiven konsequent verbessert werden. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für Resozialisierungsprogramme ein, wie sie in anderen Ländern bereits erfolgreich zum Einsatz kommen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise Patenschaften - diese würden deutlich machen, dass eine Abwärtsspirale durchaus durchbrochen werden kann.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP008 - Der Polizeibeauftragte des Landtages

Antragsteller: Bastian → Version: 01. Mai 2012; 17:26 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP008 - Der Polizeibeauftragte des Landtages

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Der Polizeibeauftragte des Landtages

In Analogie zum Wehrbeauftragten des Bundestages, der die für die Bundeswehr erforderliche Transparenz herstellen soll, halten die PIRATEN Brandenburg die Einrichtung eines Beauftragten des Landtags für die Polizeibehörden des Landes für überfällig. Der Polizeibeauftragte soll die Grundrechte schützen, den Landtag bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über das Polizeiwesen des Landes unterstützen sowie als Eingabe- und Beschwerdestelle für Bürger und Polizeibienstete dienen. Interne polizeiliche Probleme soll dieser Beauftragte genauso untersuchen wie diejenigen, die durch das Handeln der Polizei auftreten können - zum Beispiel unzulässige Polizeigewalt.

Als unabhängiger parlamentarischer Ansprechpartner für die Polizei und die Bürger soll er aufklären und vermitteln. Er nimmt polizeiexterne und polizeiinterne Beschwerden entgegen und untersucht sie. Einmal jährlich legt der Polizeibeauftragte dem Landtag einen Tätigkeitsbericht vor, in dem er insbesondere auf das Verhältnis der Bürger zu ihrer Polizei und umgekehrt eingeht. Der Polizeibeauftragte kann mit Einwilligung des Beschwerdeführers oder des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen einen Vorgang der für die Einleitung des Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle zuleiten.

Im Rahmen seiner festgelegten Aufgaben hat der Polizeibeauftragte Ermittlungsbefugnisse, die denen entsprechen, die für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorgesehen sind. Der Polizeibeauftragte ist entsprechend der Regelungen zum Wehrbeauftragten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP009 - Kennzeichnung von Polizisten

Antragsteller: Jensbernau → Version: 11. Mai 2012; 06:32 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP009 - Kennzeichnung von Polizisten

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Kennzeichnung von Polizisten

Für den Einsatz der Polizei bei geplanten Großveranstaltungen, wie Demonstrationen oder Sportereignissen sollten die einzelnen Polizisten mit einer eindeutig zuordenbaren Identifikationsnummer ausgestattet sein. Für den Fall unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder anderer gesetzeswidriger Handlungen seitens der Polizei soll damit sichergestellt werden, dass deren spätere Identifikation möglich ist. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte der Polizisten zu wahren. Im Fall einer Anzeige darf daher erst auf richterlichen Beschluss hin die Identifikation erfolgen. Ein geeignetes und praktikables Verfahren zur Verteilung der Identifikationsnummern und zu deren Gestaltung soll in Zusammenarbeit mit der Polizei mittelfristig entwickelt werden. Eine namentliche Kennzeichnung, wie es die am 1. Januar 2013 in Kraft getretene Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes vorsieht, lehnen die PIRATEN Brandenburg ab.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP010 - Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Antragsteller: RicoB CB → Version: 16. Mai 2012; 16:19 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP010 - Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

Brandenburg hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl immernoch die zweithöchste Rate an rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im bundesweiten Vergleich. Die Zahl der Gewalttaten stagniert zwar, dies allerdings auf sehr hohem Niveau. Das aktive Vorgehen gegen Rechtsextremismus sehen wir als Aufgabe eines Jeden an. Präventionsarbeit kann durch Projekte nicht nur rechtsradikale Motive entkräften, sondern auch aktive Hilfe zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene bieten. Das Land Brandenburg muss an einer anhaltenden Förderung von Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus festhalten. Präventionsarbeit muss intensiviert werden und Budgetkürzungen sind abzulehnen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP011 - Transparenz im Strafverfahren

Antragsteller: Jensbernau → Version: 11. Mai 2012; 06:33 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP011 - Transparenz im Strafverfahren

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Transparenz im Strafverfahren

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass Vernehmungen der Polizei und Staatsanwaltschaften grundsätzlich in Wort und Bild aufgezeichnet werden. Auf diese Weise soll für Gerichte nachvollziehbar sein, auf welche Weise Aussagen oder Geständnisse von Beschuldigten zustande gekommen sind. Die Aufzeichnungen dürfen vom Gericht nur bei Widersprüchlichkeiten und nur mit Zustimmung des Beschuldigten in Augenschein genommen werden. Die materielle Ausstattung und die datenschutzgerechte Aufbewahrung der Daten muss gewährleistet und sichergestellt werden.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP016 - Verbesserte Ausstattung der Polizei

Antragsteller: Jensbernau → Version: 01. Mai 2012; 21:22 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP016 - Verbesserte Ausstattung der Polizei

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Verbesserte Ausstattung der Polizei

Um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem vernünftigen Maße zu ermöglichen, muss die materielle und personelle Ausstattung verbessert werden. Die Anschaffung von Ausrüstung, wie beispielsweise Schutzwesten, darf nicht dem einzelnen Polizisten aufgebürdet werden. Gleichzeitig müssen ausreichend Beamte beschäftigt werden, um die Polizeiarbeit angemessen bewältigen zu können.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP063 - Ablehnung Flughafenasylverfahren

Antragsteller: andreas390 → Version: 13. Mai 2012; 14:33 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP063 - Ablehnung Flughafenasylverfahren

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen.

Die PIRATEN Brandenburg lehnen eine Durchführung des sogenannten Flughafenasylverfahrens - beispielsweise auf dem Gelände des Flughafen Berlin Brandenburg - ab.

Begründung:

Beim Flughafenasylverfahren werden Asylsuchende, welche aus sog. sicheren Herkunftsländern kommen oder keine gültigen Papiere haben, bei der Einreise auf dem Flughafengelände in Gewahrsam genommen, um über ihren Asylantrag binnen zwei Tagen zu entscheiden. Im Falle der Ablehnung des Antrags verbleiben dem Asylsuchenden nur weitere drei Tage Zeit, um gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wegen der gegenüber dem regulären Asylverfahren stark verkürzten Fristen gewährt das Flughafenasylverfahren keinen effektiven Rechtsschutz. Das Flughafenasylverfahren wird von über 70 Organisationen, u.a. Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, dem Flüchtlingsrat Berlin - Brandenburg, dem Deutschen Anwaltsverein und der Ärztekammer Berlin abgelehnt. Hierzu wird u.a. auf die nachfolgende gemeinsame Stellungnahme vom 29.02.2012 verwiesen:

http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinsame_Stellungnahme_Flughafenverfahren.pdf

WP064 - Abschaffung Residenzpflicht

Antragsteller: andreas390 → Version: 13. Mai 2012; 14:35 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP064 - Abschaffung Residenzpflicht

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen.

Die Piraten des Landesverbandes Brandenburg fordern die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende und geduldete Ausländer. Das Land Brandenburg soll mit allen Bundesländern länderübergreifende Vereinbarungen treffen, mit denen die Aufenthaltsbereiche mehrerer Bundesländer zusammengelegt werden, um schließlich Freizügigkeit für das gesamte Bundesgebiet herstellen.

Begründung:

Die Residenzpflicht ist einmalig in der Europäischen Union und existiert nur in Deutschland. Ein solch antiquiertes Gesetz verhindert die Integration Asylsuchender und Geduldeter und macht diese zu Menschen zweiter Klasse. Der wiederholte Verstoß gegen die Residenzpflicht wird mit Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Mit Berlin gibt es bereits eine Vereinbarung über die wechselseitige Reisefreiheit. Auch mit allen anderen Bundesländern sind Vereinbarungen über die wechselseitige Reisefreiheit anzustreben.

WP083 - Ablehnung der elektronischen Fußfessel für ehemalige Straftäter

Antragsteller: Veit → Version: 17. Mai 2012; 20:09 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP083 - Ablehnung der elektronischen Fußfessel für ehemalige Straftäter

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ablehnung der elektronischen Fußfessel für ehemalige Straftäter

Die PIRATEN Brandenburg lehnen die Überwachung von ehemaligen Straftätern, die ihre Strafe abgebußt haben, mittels elektronischen Fußfesseln ab.

Begründung:

Anfang Mai 2012 stimmte das Kabinett in einem Staatsvertrag der Überwachung von Sexual- und Gewaltstraftätern mittels elektronischer Fußfesseln zu. Als Folge dessen können als potentiell gefährlich geltende Straftäter nach der Verbüßung ihrer kompletten Haftstrafe mit Fußfesseln in ihrer Bewegung überwacht werden. Eine beim Betreten - von für den Träger gesperrten Zonen - piepende Apparatur ist jedoch nicht dazu geeignet, erneute Straftaten zu verhindern. Sie sind vielmehr Symptombekämpfung von fehlenden Haftplätzen und dem Mangel an ausreichendem und gut ausgebildetem Personal. Die schwer zu verbergenden Fußfesseln kennzeichnen den Träger zusätzlich öffentlich als ehemaligen Straftäter und beschweren die als Vollzugsziel angestrebte Wiedereingliederung in die Gesellschaft (Resozialisierung) erheblich.

Info: http://de.wikipedia.org/wiki/Elektronische_Fußfessel

PM Staatskanzlei: <http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.289359.de>

WP084 - Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Antragsteller: Jensbernau → Version: 17. Mai 2012; 20:13 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP084 - Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg aufgelöst wird. Die Aufgaben sollen - soweit notwendig - an die Staatsschutzabteilung der Polizei Brandenburg übertragen werden.

Begründung:

Nach § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes “die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben, sowie sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden”.

Der Verfassungsschutz ist nicht für den Schutz der Grundrechte der Bürger da, sondern definiert sich ausschließlich als “Staatsschutzbehörde”. Alle o. g. Gefahren sind Vorbereitungshandlungen zu schweren Straftaten. Dafür reichen die Möglichkeiten der Polizeibehörden aus. Ihnen stehen auch Mittel zur verdeckten Ermittlung zur Verfügung.

Die Entwicklung der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes die Aufklärung von Straftaten oder deren Vorbereitungshandlungen eher behindern, als fördern. Eine effiziente und transparente Kontrolle - auch der bereitgestellten Geldmittel - findet nicht oder nur rudimentär statt. Eine effektive Vernetzung der Landesämter und des Bundesamtes ist nicht erkennbar. Insbesondere die skandalösen Umstände beim Einsatz von sogenannten V-Leuten in der NPD und der damit erfolgten verdeckten Finanzierung der NPD und das völlige Versagen bei den Terroranschlägen der NSU sind nicht hinnehmbar.

Nach der Aufgabenbeschreibung “ist der Staatsschutz zuständig für die Gefahrenabwehr im Bereich politisch motivierter Straftaten sowie für die Erforschung und vorbeugende Bekämpfung von Staatsschutzdelikten, die im Präsidiumsbereich anfallen und bei denen keine zentrale Strafverfolgung durch das Landeskriminalamt geboten ist”. Diese Aufgaben werden aufgrund einer Fülle von Rechtsbestimmungen wahrgenommen - ein Schutz der Grundrechte der Betroffenen ist zumindest auf dem Papier gewährleistet und unterliegt grundsätzlich der rechtlichen Kontrolle durch Gerichte.

WP085 - Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz

Antragsteller: Elli → Version: 18. Mai 2012; 17:32 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP085 - Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz

Antragstext:

Die PIRATEN setzen sich für eine Verbesserung des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes sowie des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes sowie derer Verordnungen ein.

Begründung:

Im § 10 Absatz 1 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) ist geregelt, dass die kreisfreien Städte, Landkreise usw. eine integrierte Leitstelle einrichten. Diese muss über den Notruf 112 erreichbar sein.

In den dazu ergangenen Vorschriften des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes (BbgRettG) ist im § 9 ausgeführt, dass die integrierten Leitstellen die Anrufe, die den vertragsärztlichen Bereitschaftsdienst (Krankenwagen) zugeordnet sind, an die ärztlichen Bereitschaftsdienste (Notarzt) weitergeleitet werden.

Im § 75 Abs. 1 S. 2 des V. Sozialgesetzbuches (SGB) sind die zuständigen Stellen benannt. Dieses sind die Landkreise.

Die PIRATEN beantragen in Anlehnung an andere Bundesländer, dass der/die Krankenwagen/Notarzt/“Gemeindeschwester” innerhalb von zirka acht Minuten vor Ort ist, um Leben zu retten, schnell Hilfe zu leisten und somit kurze Wege vom Notruf bis zum Eintreffen beim Hilfe Suchenden eingehalten werden können.

Intention des Antrages ist die durchdachte Verzahnung

1. der vorgesehenen Strukturierung der Regionalleitstellen (Diskussion bereits ab 2007), insbesondere der sowohl technischen als auch logischen Formel (hier könnte sich eine Regionalstelle durchaus auf dem Mond befinden) unabhängig der Grenzen der beabsichtigten Verwaltungsstrukturereform in 2014
2. des für den Menschen in einfach verständlicher Weise durchstrukturierten Straßenbenennung sowie Nummerierung dieser (zum Beispiel von der Mitte eines Ortes nach außen, sternförmig, mit einer logisch dimensioniert integrierten Baumstruktur) unabhängig des Systems der Postleitzahlen
3. der Beibehaltung/Neubildung/Förderung der Freiwilligen Feuerwehren/der ärztlichen Bereitschaftsdienste (Krankenwagen, Notarzt, “Gemeindeschwester”) etc. vor Ort.
4. der vorgesehenen Erarbeitung einer Verordnung nach § 49 Absatz 2 BbgBKG über die Bildung von Regionalleitstellen.

4. Transparenz in Politik und Verwaltung

WP007 - Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 17:24 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP007 - Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Transparente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Die PIRATEN Brandenburg unterstützen die Schaffung transparenter Strukturen, um das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken. Dabei darf die Transparenz aber nicht nur Elemente des Haushalts aufgreifen, sondern muss auch bei Entscheidungsfindungen, Vertragsabschlüssen und bei Berichten zu politischen Themen angewandt werden. Grundsätzlich soll das Informationsrecht des Bürgers hin zu einer Informationspflicht der Verwaltung entwickelt werden. Die Prinzipien von Open Data sollen auch an dieser Stelle eingehalten werden. Der Landesrechnungshof Brandenburg soll dafür Sorge tragen, dass die Transparenz des öffentlichen Eigentums nicht durch Verschachtelung von Unternehmensbeteiligungen umgangen wird.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP019 - Livestream und Videoprotokolle des Landtags

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 01. Mai 2012; 21:33 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP019 - Livestream und Videoprotokolle des Landtags

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Livestream und Videoprotokolle des Landtags

Alle Sitzungen des brandenburgischen Landtags und alle öffentlichen Ausschusssitzungen sollen über die Internetpräsenz des Landtags live gestreamt und zusätzlich zum schriftlichen Protokoll als Aufzeichnung an zentraler Stelle abrufbar sein. Bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mindestens die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit und die entsprechende namentliche Abstimmung veröffentlicht werden.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP023 - Transparenz in Verwaltung und Politik

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB → Version: 18. Mai 2012; 21:01 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP023 - Transparenz in Verwaltung und Politik

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Transparenz in Verwaltung und Politik

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass alle Verträge und Gutachten einer Gebietskörperschaft (zum Beispiel Gemeinde, Amt, Stadt und Landkreis) komplett und kostenfrei öffentlich zugänglich gemacht werden. Der Ausschluss der Öffentlichkeit von Sitzungen oder Ausschüssen ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Nichtöffentliche Sitzungen sollen in jedem Einzelfall öffentlich begründet und beschlossen werden. Protokolle öffentlicher Sitzungen und von Ausschüssen sollen sofort und vollständig online verfügbar gemacht werden. Änderungen am Protokoll sind transparent darzustellen und zu begründen. Alle öffentlichen Sitzungen sind live zu übertragen und gleichzeitig aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen unterliegen - genauso wie die Protokolle - der Informationsfreiheit und sind entsprechend zu veröffentlichen.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP051 - Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 05:44 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP051 - Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Reform des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes

Antragstext: Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass im Land Brandenburg ein zeitgemäßes, modernes Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz geschaffen wird. In Brandenburg existiert zwar ein verfassungsrechtlich gesichertes Recht auf Akteneinsicht, dieses wird aber durch ein unzulängliches Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz ausgehebelt. Nach Ansicht der PIRATEN Brandenburg hat jedermann, ohne einen Grund für seinen Antrag angeben zu müssen, grundsätzlich freien, ersatzweise beschränkten Informationszugang zu allen - hoheitlichen und fiskalischen - Verwaltungsvorgängen zu erhalten. Zur Wahrung dieses Rechts stellt die Piratenpartei Brandenburg folgende Mindestanforderungen an das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz:

- Ausnahmen, zum Beispiel der Schutz besonderer öffentlicher Belange sowie personenbezogener Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, sind eng und nur unter Abwägung mit gegebenenfalls höherrangigen Rechten zuzulassen.
- Die Akteneinsicht und Aktenauskunft hat innerhalb einer vorgeschriebenen kurzen Frist zu erfolgen.
- Die für die Akteneinsicht zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind so zu gestalten, dass diese das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger nicht behindern. Auskünfte und die Einsichtnahme in Akten sollen vorwiegend kostenlos sein. Maximal sind die Material- und Versandkosten als Gebühr anzusetzen.
- Ablehnungen von Anträgen sind zu begründen und müssen gerichtlich nachprüfbar sein.
- Die Einhaltung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes ist durch einen entsprechenden Beauftragten, an den sich jeder beschwerdeführend wenden kann, zu überwachen.

Das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz soll zudem auch Anwendung finden, wenn Aufgaben an privatrechtlich organisierte Stellen ausgelagert werden: bislang kommt das Gesetz in diesem Fall nicht zum Tragen, selbst wenn sich das betreffende Unternehmen in hundertprozentigem Eigentum der öffentlichen Hand befindet.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

5. Medien, Kunst und Kultur

WP017 - Depublizieren abschaffen

Antragsteller: Jensbernau → Version: 01. Mai 2012; 21:29 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP017 - Depublizieren abschaffen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Depublizieren abschaffen

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen das sogenannte “Depublizieren” von Internetinhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus. Unter Verwendung von Gebührengeldern produzierte Inhalte müssen den Gebührenzahlern zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung gestellt werden können. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich daher dafür ein, dass der entsprechende Passus aus dem Rundfunkstaatsvertrag wieder gestrichen wird und wird keinem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen, in dem dieser Passus enthalten ist.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP018 - Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten

Antragsteller: Dreamman72 → Version: 01. Mai 2012; 21:31 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP018 - Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freier Zugang zu öffentlich finanzierten Daten

Geodaten und statistische Information sind die Grundlage für jede Planung in den Bereichen Verkehr, Bauen, Stadtentwicklung und Umweltschutz. Derartige Daten, die durch die öffentliche Verwaltung oder im Auftrag der öffentlichen Verwaltung unter Verwendung öffentlicher Mittel erhoben wurden, müssen daher unter Einhaltung des Datenschutzes für nicht-kommerzielle Zwecke frei zur Verfügung gestellt werden. Aufträge an Dritte sind so zu erteilen, dass einer Veröffentlichung nichts im Wege steht.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP021 - Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 21:37 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP021 - Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden

In öffentlichen Gebäuden des Landes Brandenburg soll kostenlos ungefiltertes Internet via WLAN angeboten werden. Jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten, sich anonym in diese offenen Netzen einzuwählen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

6. Demokratie und Wahlrecht

WP020 - Onlinepetitionen nach Bundesvorbild

Antragsteller: Piper → Version: 01. Mai 2012; 21:34 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP020 - Onlinepetitionen nach Bundesvorbild

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Onlinepetitionen nach Bundesvorbild

Jeder hat das Recht, sich mit Anliegen und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Deshalb möchten wir den Bürgern einfachere Wege ermöglichen, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dazu gehören auch Onlinepetitionen, die über ein Portal - nach Vorbild des Bundestages - zum gesellschaftlichen Diskurs einladen. Mitzeichnerunterschriften sollen auch online gesammelt werden können. Petenten mit einer signifikanten Anzahl von Mitzeichnern sollen dabei ein Anhörungsrecht im Landtag erhalten.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP022 - Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen

Antragsteller: FireFox → Version: 01. Mai 2012; 21:39 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP022 - Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Einführung neuer Onlinebeteiligungsformen

Das Internet verändert die modernen Gesellschaften nachhaltig, es fördert kooperatives Denken und Handeln und stellt eine neue Chance für die Partizipation des Bürgers in der Demokratie dar. Um die neuen Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess für das Land Brandenburg zu nutzen, sollen im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekten die technischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erforscht werden. Hieraus soll ein Leitfaden zur breiten Einführung von internetgestützten Bürgerbeteiligungsformen erarbeitet werden, um eine schnelle Einführung zu ermöglichen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Saarland. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP029 - Sperrklauseln bei Wahlen

Antragsteller: Jensbernau → Version: 03. Mai 2012; 07:47 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP029 - Sperrklauseln bei Wahlen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Sperrklauseln bei Wahlen

Die PIRATEN Brandenburg sind gegen die Einführung einer expliziten Sperrklausel im Kommunalwahlrecht. Jegliche Art von Wahlhürde richtet sich gegen den Grundgedanken der Demokratie. Die Piratenpartei Brandenburg befürwortet aktiv eine Pluralität von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen in den gewählten Gremien, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung entsprechen. Auch kleinen Parteien und Gruppen darf der Einzug in kommunale Vertretungen nicht durch kaum überwindbare Zugangshürden erschwert werden. Das Kommunalwahlgesetz darf keine Wählerstimme abwerten. Die PIRATEN Brandenburg treten zudem für eine deutliche Senkung der Sperrklausel bei den Landtagswahlen auf höchstens drei Prozent ein.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP030 - Bürgermeister per Zustimmungswahl

Antragsteller: FireFox → Version: 02. Mai 2012; 06:45 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP030 - Bürgermeister per Zustimmungswahl

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Bürgermeister per Zustimmungswahl

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine Wahl der Oberbürgermeister und Bürgermeister per Zustimmungswahl ein. Bei dieser einfachen und leicht verständlichen Methode haben die Wähler die Möglichkeit, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen. Wählbar sind alle Kandidaten, die die dafür notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllen. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen. Die Vorteile der Zustimmungswahl sind vielfältig. Der beliebteste Kandidat gewinnt die Wahl, und die strukturelle Benachteiligung von kleinen Parteien wird verringert. Konsensfindung und die Diskussionen an Sachthemen werden gefördert und mögliche Verzerrungen des Wählerwillens durch das Stichwahlsystem werden ausgeschlossen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP031 - Demokratie bezieht alle ein

Antragsteller: Nemuk → Version: 02. Mai 2012; 06:37 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP031 - Demokratie bezieht alle ein

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Demokratie bezieht alle ein

Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Brandenburg haben, haben das Recht, die Politik in den Kommunen mitzubestimmen und mitzugestalten. Die bestehenden Hürden, die dem durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entgegenstehen, werden die PIRATEN Brandenburg aufheben. Die Piratenpartei Brandenburg wird das bereits geltende Wahlrecht für EU-Bürger auf kommunaler Ebene ausweiten. Das Wahlrecht ist allen Menschen, die in Brandenburg ihren Lebensmittelpunkt haben, zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds teilzuhaben. Dies betrifft sowohl die Kommunalwahlen als auch das Recht an Bürgerentscheiden teilzunehmen.

Die PIRATEN Brandenburg werden sich darüber hinaus im Bundesrat dafür einsetzen, die Chancen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Migranten wesentlich zu erleichtern. Menschen, die hier geboren werden, erhalten gesichert die deutsche Staatsangehörigkeit. Wir setzen uns für ein von Geburt an bestehendes aktives Wahlrecht für die Wahlen zum Landtag und den Kommunalwahlen ein. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Minderjährige die selbstständige Eintragung in das Wählerverzeichnis. Eine Wahl stellvertretend durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab. Damit einhergehend dürfen auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten nicht durch Altersgrenzen eingeschränkt werden.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP094 - Demokratie ohne Staatszugehörigkeit

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 20:40 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP094 - Demokratie ohne Staatszugehörigkeit

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Demokratie ohne Staatszugehörigkeit

Alle Menschen haben das Recht die Politik mitzugestalten. Die bestehenden Hürden, die durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entstehen, werden die PIRATEN Brandenburg aufheben. Die Piratenpartei Brandenburg wird das bereits geltende Wahlrecht für EU-Bürger auf kommunaler Ebene ausweiten. Das Wahlrecht ist allen Menschen, deren Lebensmittelpunkt in Brandenburg liegt, zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Dies betrifft sowohl die Kommunalwahlen als auch das Recht an Bürgerentscheiden teilzunehmen.

Begründung:

Dieser Antrag wurde von **Nemuk** mit untenstehender Begründung und mehr Programmpunkten eingereicht. Ich möchte die Anträge modular zur Abstimmung stellen.

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP095 - Wahlrecht ab Geburt

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 21:23 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP095 - Wahlrecht ab Geburt

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Aktives-Wahlrecht ab Geburt

Wir setzen uns für ein von Geburt an bestehendes aktives Wahlrecht für die Wahlen zum Landtag und den Kommunalwahlen ein. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert für Minderjährige die selbständige Eintragung in das Wählerverzeichnis. Eine Wahl stellvertretend durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab. Damit einhergehend dürfen auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten nicht durch Altersgrenzen eingeschränkt werden.

Begründung:

Dieser Antrag wurde von **Nemuk** mit untenstehender Begründung und mehr Programmpunkten eingereicht. Ich möchte die Anträge modular zur Abstimmung stellen.

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP096 - Staatsangehörigkeit

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 20:58 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP096 - Staatsangehörigkeit

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Staatsangehörigkeit

Die PIRATEN Brandenburg werden sich darüber hinaus im Bundesrat dafür einsetzen, die Chancen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Migranten wesentlich zu erleichtern. Menschen, die hier geboren werden, erhalten gesichert die deutsche Staatsangehörigkeit.

Begründung:

Dieser Antrag wurde von **Nemuk** mit untenstehender Begründung und mehr Programmpunkten eingereicht. Ich möchte die Anträge modular zur Abstimmung stellen.

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP050 - Gleiches Kommunalwahlrecht für alle Bürger

Antragsteller: Ralf → Version: 18. Mai 2012; 22:00 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP050 - Gleiches Kommunalwahlrecht für alle Bürger

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine Gleichstellung der demokratischen Bürgerrechte bei der Wahl der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten durch die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg ein. Wir fordern die Einführung der Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten durch die Bürgerinnen und Bürger für alle Kommunalverwaltungen im gesamten Land Brandenburg! Wir fordern die entsprechende Änderung in der Kommunalverfassung Brandenburg durch den Landtag Brandenburg!

Begründung:

Die Kommunalverwaltung ist die unterste Verwaltungsebene in Brandenburg. An der Spitze steht entweder ein hauptamtlicher Bürgermeister oder ein hauptamtlicher Amtsdirektor. Beide haben eine Amtszeit von 8 Jahren. Die Kompetenzen sind de facto gleich. Aber der Bürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, der Amtsdirektor aber nur vom Amtsausschuß. Wieso dürfen einige Einwohner unseres Landes den Chef ihrer Kommunalverwaltung direkt wählen, andere aber nicht? Das läßt die Brandenburger Kommunalverfassung bisher zu. Diese Ungleichbehandlung der Brandenburger Wählerinnen und Wähler ist nicht länger hinnehmbar. Auch vor dem Hintergrund der Brandenburger Landesverfassung ist dieses unterschiedliche Zweiklassenwahlrecht zweifelhaft. Mit der Einführung der Direktwahl der Landräte hat der Landtag bei den Landkreisen die wahlrechtliche Gleichheit hergestellt. Warum auch nicht gleich bei den Kommunen? Jetzt entscheidet bei den Ämtern nur der Amtsausschuß über die Wahl des Amtsdirektors. Dem Amtsausschuß gehören oft nur wenig mehr als 10 Mitglieder an. Die Wahl des Hauptverwaltungsbeamten als Amtsdirektor wird oft von einer entsprechenden Anzahl von z. B. nur 6 Mitgliedern entschieden. Eine so wichtige Personalentscheidung an der Spitze ihrer unmittelbaren kommunalen Verwaltung darf den Bürgerinnen und Bürgern in einigen Gebieten Brandenburgs nicht vorenthalten werden. In allen Brandenburger Kommunen sollen die Bürger ihren Hauptverwaltungsbeamten direkt wählen dürfen. Es gibt keinen Grund einigen Einwohnern Brandenburg eine Direktwahl vorzuenthalten. Diese Ungleichbehandlung beim Wahlrecht findet sich in allen Regionen des Landes. Dieser Antrag fand auf dem Landestreffen mehrheitlich Zustimmung. Eine gewünschte verbesserte Ausformulierung ist erfolgt.

Links als Info:

http://www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors.01.c.47145.de

(Kommunalverfassung Brandenburg)

<http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.164443.de>

WP053 - Senkung der Hürden für Volksbegehren

Antragsteller: RicoB CB → Version: 15. Mai 2012; 15:07 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP053 - Senkung der Hürden für Volksbegehren

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Senkung der Hürden für Volksbegehren

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Hürden für das Zustandekommen eines Volksbegehrens gesenkt werden. Das Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VAGBbg) soll dahingehend geändert werden, dass für den Erfolg eines Volksbegehrens 60.000 - statt bisher 80.000 - gültige Eintragungen ausreichen. Die Eintragung für ein Volksbegehren soll darüber hinaus nicht mehr ausschließlich in amtlichen Eintragungsräumen erfolgen; der sogenannte "Amtseintrag" soll entfallen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für die Abschaffung dieser Hürde ein, da sie Volksbegehren erschwert und zur Politikverdrossenheit beiträgt. Stattdessen fordert die Piratenpartei Brandenburg die Ermöglichung der Unterschriftensammlung auf offener Straße.

Begründung:

Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP054 - Kumulieren und Panaschieren

Antragsteller: Veit → Version: 11. Mai 2012; 05:49 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP054 - Kumulieren und Panaschieren

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Kumulieren und Panaschieren

Die PIRATEN Brandenburg streben den Einsatz des Wahlsystems “Kumulieren und Panaschieren” bei Landtagswahlen an. Die Bürger erhalten dabei drei Stimmen, die sie innerhalb der Parteilisten an Kandidaten vergeben können. Es können Mandatsbewerber aller antretenden Parteien und Wählervereinigungen angekreuzt werden. Jedem Kandidaten können dabei bis zu drei Stimmen gegeben werden. Weiterhin soll es möglich sein, nur einer Partei seine Stimme zu geben. Wird die von der Partei aufgestellte Liste durch das so genannte Listenkreuz bestätigt, werden die Stimmen der Listenreihenfolge entsprechend auf die Kandidaten verteilt, bis alle Stimmen vergeben sind. Dabei kann der Wähler auch Kandidaten auf der angekreuzten Liste durchstreichen. Diese erhalten dann keine Stimme. Das Kumulieren und Panaschieren ermöglicht den Bürgern, ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass sich das Land Brandenburg bei Landtagswahlen den Ländern Bremen und Hamburg anschließt und das Kumulieren und Panaschieren ermöglicht.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP055 - Bürgerbegehren zu Bauprojekten

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 06:28 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP055 - Bürgerbegehren zu Bauprojekten

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Bürgerbegehren zu Bauprojekten

Zu wichtigen Themenbereichen sind im Land Brandenburg Bürgerbegehren nach wie vor gesetzlich ausgeschlossen. So sind beispielsweise keine Bürgerbegehren zum Bau von Straßen und Gebäuden möglich. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen jedoch, dass das Interesse der Bürger groß ist, vor allem auch über Bauprojekte mitzubestimmen. In Bayern und Hessen berühren über 50 Prozent der Bürgerbegehren die Bauleitplanung. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Bauleitplanung als Gegenstand für Bürgerbegehren zugelassen wird. Der Negativkatalog wird darüber hinaus soweit ausgedünnt, dass nur noch Pflichtaufgaben nach Weisung und Auftragsangelegenheiten, die Haushaltssatzung, Personalangelegenheiten sowie Anträge mit gesetzwidrigem Ziel ausgeschlossen sind.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt den Forderungen des **Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg**. Diese Forderung wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP056 - Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 06:29 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP056 - Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Zwingende Bürgerentscheide bei Gemeindefusionen

Im Jahr 2001 hat es zahlreiche Bürgerentscheide über die Zusammenlegung von Gemeinden gegeben. Allerdings wurden diese von den Gemeinderäten von "oben" angesetzt. Bisher besteht kein Automatismus, der gewährleistet, dass die Bürger zwingend das letzte Wort bei einer möglichen Fusion haben - so sollte es nach Ansicht der Piratenpartei Brandenburg aber sein. Grund dafür ist, dass eine Zusammenlegung von Gemeinden auch immer ein Weniger an Repräsentation bedeutet, da die Kommunalvertretung für deutlich mehr Menschen und ein größeres Gebiet zuständig ist. Die PIRATEN Brandenburg machen sich dafür stark, dass bei einer bevorstehenden Zusammenlegung von Gemeinden - beziehungsweisen Kreisen - zwingend Bürgerentscheide in den betroffenen Kommunen stattfinden müssen. Ein Zusammenschluss erfolgt nur dann, wenn in den betroffenen Kommunen jeweils die Mehrheit zustimmt.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt den Forderungen des [Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg](#). Diese Forderung wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP057 - Frist für Korrekturbegehren verlängern

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 06:25 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP057 - Frist für Korrekturbegehren verlängern

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Frist für Korrekturbegehren verlängern

Für Bürgerbegehren, die sich gegen Beschlüsse der Kommunalvertretung richten, gilt zurzeit eine Frist von acht Wochen, in der das Bürgerbegehren mit den erforderlichen Unterschriften eingereicht werden muss. Bürgerinitiativen werden hier unter unnötigen Zeitdruck gesetzt, der für die Ausarbeitung eines sachgerechten Vorschlags eher schädlich ist.

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass die Frist für Korrekturbegehren der von Initiativbegehren angeglichen wird. Unterschriften verlieren somit nach einem Jahr ihre Gültigkeit. Bürgerinitiativen haben oftmals selbst ein Interesse daran, möglichst schnell mit einem Bürgerbegehren zu reagieren, damit sie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt den Forderungen des [Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg](#). Diese Forderung wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP058 - Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen

Antragsteller: RicoB CB → Version: 11. Mai 2012; 06:27 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP058 - Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Mindestfraktionsstärke auf zwei Sitze begrenzen

Seit dem Jahr 2011 können die Kommunalvertretungen selbst bestimmen, ab welcher Anzahl von Mandaten eine Partei beziehungsweise Wählergemeinschaft Fraktionsstatus erhält. So sehen einige Landkreise und Städte zurzeit eine Mindestfraktionsstärke von vier Sitzen vor. An den Fraktionsstatus sind jedoch entscheidende parlamentarische Rechte wie die Entsendung von Mitgliedern in die Ausschüsse und damit auch das Stimmrecht sowie der Anspruch auf Mittel für Sachkosten und die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten gekoppelt. Von einer Anhebung, die ursprünglich dazu diente, rechtsextremen Parteien die Arbeit in den Kommunalvertretungen zu erschweren, sind alle kleinen Gruppierungen betroffen, eben auch lokale Bürgerbündnisse, die in die Kommunalvertretung gewählt wurden. Um mehr Chancengleichheit zwischen etablierten und neuen Kräften zu gewährleisten, setzen sich die PIRATEN Brandenburg dafür ein, dass alle Parteien und Wählergemeinschaften mit mindestens zwei gewählten Vertretern Fraktionsstatus erhalten. Kreise, Städte und Gemeinden sollten davon absehen, von dieser Regelung abzuweichen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt den Forderungen des [Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg](#). Diese Forderung wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP072 - Abschaffung der Amtseintragung

Antragsteller: Christoph B. → Version: 16. Mai 2012; 12:41 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP072 - Abschaffung der Amtseintragung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Abschaffung der Amtseintragung

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Abschaffung der Amtseintragung für Unterstützungsunterschriften nach § 28a Absatz 4 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes ein. Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften soll auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Ämtern und ohne die Anwesenheit von zur Beglaubigung von Unterschriften ermächtigten Personen ermöglicht werden.

Begründung:

Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften stellt für nicht im Landes- oder Kommunalparlamenten vertretene Parteien oder Einzelbewerber eine wichtige Hürde zu ihrer Zulassung bei Wahlen dar. Die **Amtseintragung** erschwert diese Zulassung zusätzlich und macht die Zulassung für einen großen Teil von Interessenten unmöglich. Die Piratenpartei Brandenburg möchte zu mehr demokratischer Vielfalt bei Kommunalwahlen beitragen und setzt sich daher für eine freie Unterschriftensammlung ein. Brandenburg ist eines der wenigen Bundesländer in der die Amtseintragung für Kommunalwahlen noch immer Pflicht ist.

Links:

Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz **§ 28a Absatz 4**

WP073 - Reform des Verfahrens für Volksentscheide

Antragsteller: Christoph B. → Version: 16. Mai 2012; 12:42 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP073 - Reform des Verfahrens für Volksentscheide

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Reform des Verfahrens für Volksentscheide

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Reform des Verfahrens der **dreistufigen Volksgesetzgebung** zur Verbesserung der direkt-demokratischen Teilhabe in Brandenburg ein. Es soll eine Reform des **Brandenburger Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid** durchgeführt werden, welches sich am Vorschlag des **Mehr Demokratie e.V.** orientiert. Der Vorschlag beinhaltet unter anderem die Senkung von Quoren, die Erhöhung von Sammlungsfristen und die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren.

Begründung:

Das Land Brandenburg ist mit **37 Einleitungen neuer Volksbegehren 1946-2011**, nach Bayern (45) auf Platz 2 der eingeleiteten Volksbegehren. Allerdings gab es in Brandenburg nie ein Volksbegehren, welches es bis in Stufe 3 zur Volksabstimmung geschafft hat. Zwar wurde das Gesetz erst 2011 von der rot-roten Regierung überarbeitet, jedoch beispielsweise die freie Unterschriftensammlung nicht ermöglicht. Stattdessen sollen neben den Ämtern zusätzliche **Eintragungsräume mit Aufsichtspersonal**, wie beispielsweise in Bibliotheken, Kitas, Schulen oder Sparkassen zur Verfügung gestellt werden, was die Unterschriftensammlung zwar etwas vereinfacht aber auch deutlich verteuert. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich angesichts der schwierigen Haushaltslage für die demokratischere und deutlich kostengünstigere freie Unterschriftensammlung ein und möchte auch Quoren und Sammlungsfristen überprüfen.

7. Geschlechter- und Familienpolitik

WP025 - Geschlechter- und Familienpolitik: Familie hat viele Gesichter

Antragsteller: Piper → Version: 02. Mai 2012; 06:20 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP025 - Geschlechter- und Familienpolitik: Familie hat viele Gesichter

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Geschlechter- und Familienpolitik: Familie hat viele Gesichter

Die Piratenpartei Brandenburg steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird. Jeder Mensch muß sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und für die individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP026 - Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung

Antragsteller: Piper → Version: 02. Mai 2012; 06:40 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP026 - Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung

Die Piratenpartei Brandenburg steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

Die PIRATEN Brandenburg lehnen die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP027 - Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Antragsteller: Piper → Version: 02. Mai 2012; 06:23 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP027 - Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Die PIRATEN Brandenburg bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

WP028 - Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Antragsteller: Piper → Version: 02. Mai 2012; 06:24 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP028 - Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angesehen werden müssen.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm der Piratenpartei Berlin. Der Antrag wurde durch die AG TDBD entsprechend auf das Land Brandenburg angepasst und dann zum Landesparteitag 2012.1 eingebracht. Eine Begründung des Antrages kann in mündlicher Form beim Landesparteitag erfolgen.

8. Umwelt- und Naturpolitik

WP032 - Umweltpolitik im Land Brandenburg

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 16. Mai 2012; 23:54 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP032 - Umweltpolitik im Land Brandenburg

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Umweltpolitik im Land Brandenburg

Der Schutz der Lebensgrundlagen ist unabdingbar für alle Lebewesen in Brandenburg. Eine nachhaltig ausgerichtete Umweltpolitik ist die Grundlage für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik im Interesse aller Menschen in Brandenburg. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die umweltpolitischen Auswirkungen des Handelns von Regierungen und Unternehmen transparent werden sowie für eine stärkere Beteiligung der Bürger an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen.

Begründung:

Die Umweltpolitik ist im Landesprogramm noch nicht ausreichend dargestellt, ist aber unverzichtbar.

WP033 - Nachhaltigkeit und Beständigkeit

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 16. Mai 2012; 23:58 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP033 - Nachhaltigkeit und Beständigkeit

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Nachhaltigkeit und Beständigkeit

Die PIRATEN Brandenburg stehen für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die natürliche Ressourcen nutzt und bewahrt. Der übermäßige Verbrauch von Naturressourcen ist verantwortungslos gegenüber den nachfolgenden Generationen und zerstört die Artenvielfalt in Brandenburg. Bei nachwachsenden Ressourcen müssen Verbrauch und Regeneration im Gleichgewicht stehen. Die Sicherung des Bestands für die zukünftigen Generationen hat höchste Priorität, ihr Verbrauch ist strengerer Reglementierung zu unterwerfen. Bei nicht nachwachsenden Ressourcen ist eine Kreislaufwirtschaft durch Wiederverwertung von Produktbestandteilen oberstes Ziel.

WP034 - Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:12 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP034 - Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes

Das Umweltinformationsgesetz ist zur Grundlage einer umfassenden Dienstleistung für die Bürger weiterzuentwickeln. Umweltinformationen sind nach Auffassung der PIRATEN Brandenburg eine Bringschuld: Behörden müssen dafür geeignete Informationen von sich aus - und nicht erst auf Anfrage - bereitstellen. Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für einen freien Zugang zu Umweltinformationen für alle Bürger ein. Darüber hinaus werden alle Behörden und Unternehmen im öffentlichen Auftrag, die auf die Umwelt in nennenswertem Umfang einwirken, zur quartalsmäßigen Offenlegung und Berichterstattung über alle vorliegenden Umweltschädigungen und alle Aktivitäten zur Verbesserung verpflichtet. Die Veröffentlichung muss dabei unter freien Lizenzen und in offenen Dateiformaten sowie maschinenlesbar erfolgen. Für Bürger ist auf einem Internetportal mit übergreifenden Suchfunktionen ein einfacher Zugang zu diesen Daten zu gewährleisten.

Begründung:

Transparenz auch in der Umweltpolitik ist unabdingbar.

WP035 - Verbandsklagerecht für Umweltverbände

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:16 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP035 - Verbandsklagerecht für Umweltverbände

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Verbandsklagerecht für Umweltverbände

Die PIRATEN Brandenburg wollen das Verbandsklagerecht im Landesnaturschutzgesetz einführen, um die Einflussmöglichkeiten von Umweltschutzverbänden auf landespolitische Belange zu stärken.

Begründung:

Brandenburg ist eines der wenigen Länder, das in seinem Landesnaturschutzgesetz kein Verbandsklagerecht für Umweltverbände enthält. Schon mit dem Bundesnaturschutzgesetz von 2002 und verbessert mit dem von 2010 ist die Verbandsklage zwar auch im Land Brandenburg möglich, jedoch nur bei Klageanlässen, die den Bund betreffen.

WP036 - Lichtverschmutzung reduzieren

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:19 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP036 - Lichtverschmutzung reduzieren

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Lichtverschmutzung reduzieren

Die PIRATEN Brandenburg wollen die Lichtüberflutung des städtischen und außerstädtischen öffentlichen Raumes im Interesse der Umwelt im Sinne des natürlichen Tages- und Nachtrhythmus von Tier, Mensch und Natur vermindern, ohne die Sicherheit von Wegen zu beeinträchtigen. Für die nächtliche Straßenbeleuchtung sind Lichtquellen mit entsprechend dem Stand der Technik reduzierten UV-Anteil zu bevorzugen, um die Beeinflussung von Insekten und Vögeln zu vermindern.

Begründung:

Der Wegfall einer klaren Tag- und Nachttrennung hat erheblichen Einfluß auf die biologischen Aktivitäten nicht nur des Menschen, sondern auch von Tieren. Darüber hinaus beeinträchtigt die Abstrahlung in den Himmel die Orientierung von fliegenden Tieren.

WP037 - Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:24 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP037 - Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Freier Zugang zu Naturschönheiten, Erholung in freier Natur

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur - insbesondere das Betreten von Wäldern, Stränden und Flussgebieten sowie das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang - jedermann unentgeltlich gestattet ist. Dabei wird jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen und dabei die bestehenden naturschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Land und die Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu den Seen, den Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.

Begründung:

Ohne freien Zugang zur Natur geht das Interesse an einem pfleglichen Umgang mit ihr verloren.

WP038 - Keine Privatisierungen großer staatlicher Flächen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:27 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP038 - Keine Privatisierungen großer staatlicher Flächen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Keine Privatisierungen großer staatlicher Flächen

Naturschutz- und Waldgebiete in Brandenburg sind ein wertvoller Schatz für die Menschen und den Tourismus und müssen erhalten bleiben. Der Verkauf von Wald- und Wiesenflächen steht dem Interesse von Mensch und Natur entgegen. Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für das Verbot einer großflächigen Privatisierung und die kritische Überprüfung der getätigten Verkäufe aller Wald- und Naturflächen ein.

Begründung:

Naturschutz- und Waldgebiete sind ein wertvoller Schatz; sie sind auch für den Tourismus unverzichtbar.

WP040 - Stärkung regionaler Anbieter und Versorgerstrukturen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 18:26 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP040 - Stärkung regionaler Anbieter und Versorgerstrukturen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Stärkung regionaler Anbieter und Versorgerstrukturen

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine Förderung regionaler Anbieter und für den Ausbau lokaler öffentlicher Infrastruktur ein, um die Verantwortung wieder mehr in die Hände der Bürger zu legen.

Begründung:

Regionale Anbieter und lokale Infrastrukturen haben vielfältige Vorteile für Mensch und Umwelt; sie verkürzen Verkehrswege und erhöhen die lokale Verbundenheit.

WP041 - Kleingartenanlagen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:46 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP041 - Kleingartenanlagen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Kleingartenanlagen

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für den Erhalt naturnaher Kleingartenanlagen und Wochenendgrundstücke ein. Die Pachten für Kleingärten müssen auch für kleine Einkommen erschwinglich sein.

Begründung:

Kleingartenanlagen dienen der wohnungsnahen Selbstversorgung und Erholung und damit der Minderung der Emissionen und der benötigten Infrastruktur; sie ermöglichen auch das Erleben des Umgangs mit lebenden Systemen.

WP062 - Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

Antragsteller: David → Version: 13. Mai 2012; 09:19 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP062 - Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

Antragstext:

Die Piraten Brandenburg fordern für das Land Brandenburg die Einführung eines Verbandsklagerechts im Tierschutz. Damit soll anerkannten Tierschutzorganisationen ermöglicht werden, Behördenentscheidungen nach dem Tierschutzrecht gerichtlich prüfen zu lassen.

Begründung:

Das Tierschutzgesetz in Deutschland hat ein Durchsetzungsproblem. Tiere können offensichtlich nicht selbst klagen oder sich vor Gericht vertreten. Verschiedene Behörden überwachen und kontrollieren statt dessen die Einhaltung des Tierschutzgesetzes und ordnen bei Bedarf Maßnahmen gegen Tiernutzer an. Der Tiernutzer kann gegen solche Anordnungen Rechtsmittel nach der Verwaltungsgerichtsordnung einlegen und sogar vor ordentlichen Gerichten auf Schadenersatz klagen. Gleiches gilt für Genehmigungsverfahren: Verweigert eine Behörde einem Unternehmer eine Genehmigung aus Tierschutzgründen, so kann dieser Rechtsmittel einlegen.

Für die Behörden ist es somit einfacher und risikoloser untätig zu bleiben. Wenn sie im Sinne des Tierschutzes handeln, riskieren sie langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren. Tierschutzorganisationen haben aktuell keine Möglichkeit, Behörden gerichtlich zum Handeln zu zwingen. Maximal möglich ist eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Die Behörden sind zudem häufig personell unterbesetzt oder stehen unter Druck, wirtschaftsfreundliche Entscheidungen zu treffen.

Aus diesen Gründen ist es dringend erforderlich, dass anerkannte Tierschutzorganisationen die Möglichkeit bekommen, die Entscheidungen von Behörden gerichtlich überprüfen zu lassen. Dies würde eine Art der "Waffengleichheit" vor Gericht herstellen.

Anzustreben wäre eine solche Lösung auf Bundesebene. Vorstöße in diese Richtung sind jedoch bereits mehrfach gescheitert, vor allem an Union und FDP. Die Bundesländer haben jedoch die Möglichkeit, eigene Regelungen zu treffen. Aktuell hat nur Bremen eine eigene Regelung. In Nordrhein-Westfalen, Hessen, dem Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird die Einführung einer Tierschutz-Verbandsklage erwogen.

Siehe auch:

<http://albert-schweitzer-stiftung.de/tierschutzinfos/analysen/verbandsklagerecht-fuer-tierschutzorganisationen>

<http://www.tierrechte.de/themen/tierschutz-verbandsklage>

WP077 - Vielfalt statt Monokulturen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 18:37 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP077 - Vielfalt statt Monokulturen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Vielfalt statt Monokulturen

Die Piratenpartei Brandenburg wendet sich gegen Monokulturen in der Land- und Forstwirtschaft und setzt sich für den Erhalt und den Aufbau von nachhaltigen Mischwäldern ein.

Begründung:

Monokulturen sind abzulehnen weil sie in der freien Natur so nicht vorkommen und unter anderem eine einseitige Belastung des Bodens bedeuten.

WP086 - Umweltschäden Flugverkehr

Antragsteller: Kannstewissen → Version: 18. Mai 2012; 02:49 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP086 - Umweltschäden Flugverkehr

Antragstext:

Der Betrieb von Flughäfen verursacht eine große, weit über den Flughafenbereich hinausgehende Emmission von Lärm und Feinstaub und stellt eine erhebliche Gefährdung der im Umfeld lebenden Menschen und Tiere dar.

Zur Minderung der Gesundheitsbelastung fordern die die PIRATEN ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr.

Die Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen sind in ihrer Wirkung gesamtheitlich zu betrachten und so gering wie möglich zu halten. Wirtschaftliche Chancen sind gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen. Betriebskonzepte sind so zu optimieren, das die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ist.

Alle durch Flugverkehr verursachten Emmissionen sind zu erfassen und quartalsweise zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt leicht nachvollziehbar, unter Nutzung freier Lizenzen, in offenen Dateiformaten und unter Bekanntgabe maschinenlesbarer Quelldaten.

Begründung:

Bisherige Praxis ist, das der Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen insgesamt ausschließlich aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet wird. Kern dieses Antrages ist es, die Wirkung des Betriebes gesamtheitlich zu betrachten und die Schädigungen der Umwelt mindestens gleichrangig in die Bewertung einzubeziehen.

Die aktuell gängige Praxis, die Belastungen breit zu streuen und auf "viele Schultern" zu verteilen führt dazu, das Recht auf Schutzmaßnahmen auszuhebeln, die Belastungen zu ignorieren. Die Reduzierung der Zahl der Betroffenen als Grundsatz führt zu besserem Schutz und/oder besserer Entschädigung der Betroffenen.

Das generelle Nachtflugverbot stellt einen wirkungsvollen aktiven Schutz dar und sichert eine Mindestersholzeit für Mensch und Natur.

Emmissionsdaten sind nur sehr eingeschränkt verfügbar. Messungen von Lärm und Feinstaub werden durch die Flughafenbetreiber durchgeführt, überwiegend aber nicht zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werden Messungen durch die Berechnung von Mittelungswerten verschleiert.

WP097 - Landesweite Lärmkartierung

Antragsteller: Kannstewissen → Version: 18. Mai 2012; 23:30 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP097 - Landesweite Lärmkartierung

Antragstext:

Die Piraten Brandenburg setzen sich für die flächendeckende Kartierung von Straßen, Bahn, Flug und Industrielärmemissionen ein. Berechnungen von Lärmemissionen müssen dabei durch Messungen validiert werden. Die online- und offline Darstellung muss Einzel- und Gesamtimmissionen beinhalten, erfolgt unter Nutzung freier Lizenzen und in offenen Dateiformaten. Verwendete Quelldaten sind maschinenlesbar zu veröffentlichen.

Begründung:

Die Erfassung und Veröffentlichung von Lärmemissionen erfolgt in Brandenburg nur entsprechend der minimalen gesetzlichen Notwendigkeit (EU RICHTLINIE 2002/49/). Dadurch sind Lärmbelastete Bereiche von der Erfassung ausgeschlossen, weil sie die hohen Werte für die Mindestbelastung nicht erreichen

Die Darstellung von Lärm erfolgt in Brandenburg bisher ausschließlich in Form von PDF Dateien, die keine sinnvolle Bewertung der örtlichen Situation erlauben. Es existiert keine Kartierung, die alle Lärmarten beinhaltet.

Bei der Kartierung werden alle Werte ausschließlich berechnet. Erst eine mindestens punktuelle Messung kann aber die wirklichen Belastungen darstellen.

9. Verkehrspolitik

WP039 - Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Ausbau des Angebots freier und öffentlicher Individualverkehrslösungen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:31 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP039 - Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Ausbau des Angebots freier und öffentlicher Individualverkehrslösungen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Ausbau des Angebots freier und öffentlicher Individualverkehrslösungen

Der öffentliche Nahverkehr bietet umweltfreundliche und kostengünstige Verkehrsteilnahme in den Städten und auf dem Land. Die PIRATEN Brandenburg sind für die Einführung öffentlicher Verkehrsmittel zur freien Nutzung, sowie für den Ausbau und die Modernisierung des Nahverkehrsnetzes. Damit kann eine angemessene und zukunftsfähige Mobilität der Bürger sichergestellt werden. Der öffentliche Nahverkehr ist als Rückgrat der allgemeinen Mobilität unverzichtbar.

Die PIRATEN Brandenburg stehen für den Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur. In urbanen Gebieten soll dem Bürger eine flexible und den individuellen Mobilitätswünschen gerecht werdende Beförderungsmöglichkeit geboten werden. Über die heute bereits bekannten Verkehrsmöglichkeiten hinaus fordern wir einen Ausbau des individuellen öffentlichen Personennahverkehrs (iÖPNV) auf der Basis öffentlicher und freier einzeln nutzbarer Beförderungskonzepte. Konkret sind dabei öffentliche Elektrofahrzeuge zusammen mit der zugehörigen Infrastruktur zur Erprobung einzuführen. Für die Beförderung nach Fahrplan stehen die PIRATEN Brandenburg für die Nutzung alternativer Antriebskonzepte für die Fahrzeuge, wie auch für die Einführung von Vorrangregelungen für den öffentlichen Nahverkehr.

Die PIRATEN Brandenburg machen sich für die Einführung von öffentlichen Kleinbussen stark, die mit hoher Frequenz die Linien bedienen und dabei auf Zuruf auch abseits der Haltestellen Passagiere aufnehmen oder absetzen. Langfristig sollte ein modernes und effizientes Schienensystem eingeführt werden, das nicht nur Personenbeförderung leistet, sondern auch den Gütertransport ermöglicht.

Begründung:

Der ÖPNV ist zu erhalten und auszubauen, um eine allgemeine Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten. Seine Akzeptanz steigt mit individuellen Lösungen.

WP078 - Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 18:40 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP078 - Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für eine Förderung des Fahrradverkehrs sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum ein. Die Verkehrsplanung muss sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Radfahrer orientieren; die organisatorischen, finanziellen und personellen Mittel sind an die Bedeutung dieses Verkehrsmittels sowohl im Alltag als auch für den Tourismus anzupassen. Öffentliche Verkehrsmittel sind für den Fahrradtransport zu ertüchtigen.

Gleichmaßen setzen sich die PIRATEN Brandenburg für einen Abbau der Behinderungen für den Fußverkehr vor allem im städtischen Bereich ein.

Begründung:

Insbesondere in der Verkehrsplanung genießen die Interessen von Radfahrern und von Fußgängern keine angemessene Priorität hinsichtlich ihrer Bedeutung als nachhaltige Mobilität. Angestrebt werden soll eine ähnlich fahrradfreundliche Infrastruktur wie in den Niederlanden, die eine ähnliche Topographie wie Brandenburg aufweisen.

10. Energiepolitik

WP042 - Energiepolitik im Land Brandenburg

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:49 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP042 - Energiepolitik im Land Brandenburg

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Energiepolitik im Land Brandenburg

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für eine dezentrale, transparente, nachhaltige und partizipative Energieversorgungsstruktur ein.

WP043 - Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 18. Mai 2012; 10:46 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP043 - Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ziel der Energiepolitik im Land Brandenburg

Die Energiegewinnung in Brandenburg soll zukünftig nicht durch wenige Großkraftwerke oder konzentrierte Anlagenballungen gesichert werden, sondern überall im Land stattfinden - in jeweils auch lokal umwelt- und menschenverträglichen Größenordnungen. Die Art der Gewinnung nutzbarer Energien muss ausgewiesen werden und den Tatsachen entsprechen. Fossile Energiegewinnung darf - beispielsweise durch Zertifikate - nicht in "Ökostrom" umdeklariert werden.

WP044 - Nachhaltigkeit der Energieerzeugung

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:45 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP044 - Nachhaltigkeit der Energieerzeugung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Nachhaltigkeit der Energieerzeugung

Energiegewinnung sollte vorzugsweise in geschlossenen Stoffkreisläufen stattfinden. Die Stromgewinnung aus direkter Umwandlung solarer Strahlungsenergie und Abschöpfung von Windenergie, sowie die Nutzung solarer und terrestrischer Wärmeenergie ist gegenüber allen anderen Energiegewinnungsverfahren zu bevorzugen. Um die Diskrepanz zwischen Erzeugung und Verbrauch zu überbrücken, sind regenerative Verfahren zur Speicherung einzusetzen, zum Beispiel die Umwandlung von Überschussstrom in Wasserstoff oder Methan, dessen Einspeisung in vorhandene Gasnetze oder die Nutzung biologischer Energiespeicher wie Holz oder aus Grünpflanzen gewonnenes "Biogas". Die PIRATEN Brandenburg wenden sich strikt gegen den Anbau von Monokulturen zur Energieerzeugung und gegen die Abholzung von Regenwald für diese Zwecke.

WP045 - Ablehnung von Fracking

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 00:59 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP045 - Ablehnung von Fracking

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ablehnung von Fracking

Die Piratenpartei Brandenburg lehnt Fracking als Fortsetzung der Erdgas- beziehungsweise Erdölgewinnung strikt ab.

Begründung:

Die Risiken durch Fracking sind nicht abschätzbar und schwer beherrschbar. Das gleiche gilt für CCS (Kohlendioxid-Abscheidung und -speicherung); hierzu gibt es allerdings bereits ein auf dem Landesparteitag 2011.1 angenommenes Positionspapier

WP046 - Gleichberechtigter Netzzugang

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:05 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP046 - Gleichberechtigter Netzzugang

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Gleichberechtigter Netzzugang

Es muss jedem Bürger, jeder Bürgergesellschaft und jeder juristischen Person finanziell und organisatorisch gleichberechtigter Zugang zu den Strom- und Gasnetzen, sei es als Verbraucher oder Erzeuger, gewährt werden. Dies setzt entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen voraus und lässt sich mit der monopolistischen Eigentumsstruktur schwer vereinbaren.

WP047 - Ausbau der Speichermedien

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:06 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP047 - Ausbau der Speichermedien

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Ausbau der Speichermedien

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich für einen zügigen Ausbau der nachhaltigen Energien und Speichermedien ein. Ein "Speichergesetz" analog dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wird brauchbare Speichertechnologien schneller voran bringen.

Begründung:

Wir müssen Speichermedien ausbauen und weiterentwickeln, um uns auch in schlechten erzeugungsschwachen Zeiträumen mit erneuerbaren Energien versorgen zu können.

WP048 - Kein Ausbau des Braunkohleabbaus

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:11 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP048 - Kein Ausbau des Braunkohleabbaus

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Kein Ausbau des Braunkohleabbaus

Ein weiterer Ausbau des Braunkohleabbaus in Brandenburg sowie die Erschließung von neuen Braunkohleabbaugebieten und die damit verbundene Vernichtung von menschlichen und tierischen Lebensräumen lehnen die PIRATEN Brandenburg ab. Der Ausstieg aus der Braunkohle ist verträglich für die Menschen, Tiere und Pflanzen zu gestalten. Wir befürworten die Umstrukturierung der Arbeitsplätze bei der Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger in den Bereich für nachhaltige Energieversorgung.

WP049 - Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 18:33 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP049 - Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Einbeziehung der Bürger bei der Nutzung von Windstrom

Die PIRATEN Brandenburg sehen beim Windstrom den großen Vorteil, dass er nach Errichtung der Anlagen mit ökologisch und ökonomisch vernachlässigbaren Kosten verbunden ist. Die wesentlichen Nachteile sind bislang die fehlende Einbindung der Bürger in der Umgebung, die daraus folgende fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung sowie die nicht verbrauchsgerechte Stromerzeugung. Die PIRATEN Brandenburg machen sich daher dafür stark, dass Planungsprozesse so abgeändert werden, dass die Betroffenen stärker Einfluss auf die Planungen nehmen können. Es muss sichergestellt werden, dass die betroffenen Kommunen finanziell von den Anlagen profitieren; dazu muss unter anderem die Gewerbesteuer am Ort der Strom-Produktion abgeführt werden. Die Produktion der Windenergie muss unter Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutzbelangen geschehen.

Begründung:

Windkraftanlagen müssen unter Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutzbelangen gebaut werden.

WP079 - Sonnenenergie

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:17 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP079 - Sonnenenergie

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Sonnenenergie

Zur großflächigen Energiegewinnung durch solare Strahlungsenergie sind vorrangig versiegelte, Konversions-, und Tagebau-
folgeflächen auszuweisen. Durch Energiegewinnungsanlagen beeinträchtigte Kommunen sollen finanziell von den Anlagen
profitieren, beispielsweise durch Gewerbesteuer und Durchleitungsgebühren bei (re-)kommunalisierten Netzen.

WP080 - Lärmemissionen

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 01:34 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP080 - Lärmemissionen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Lärmemissionen

Lärm stellt eine der größten Umweltbelastungen in Europa dar. Die PIRATEN Brandenburg erkennen Lärm als Gesundheitsrisiko an. Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Lärm. Dieser Schutz ist unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu gewährleisten. Auch die Lärmbelastung von Tieren ist zu beachten und auf das mögliche Mindestmaß zu reduzieren. Aktiver Schutz (an der Quelle) ist passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen. Lärmemissionen sind in ihrer Wirkung gesamtheitlich zu betrachten. Dabei sind z.B. wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen. Zur transparenten und bürgerfreundlichen Kennzeichnung von Lärmemissionen unterstützen die PIRATEN Brandenburg die Einführung eines Lärmlabels.

Begründung:

Lärmemissionen als Gesundheitsgefährdung anzuerkennen ist noch relativ neu. Die Anerkennung fällt schwer, weil damit für die Menschen das Recht auf Schutz vor Lärm (und damit körperliche Unversehrtheit nach GG) einbezogen ist. Das Recht auf Schutz nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen führt dazu, dass im Gegensatz zur bisherigen Praxis bei der Errichtung oder Veränderungen an Anlagen, Infrastrukturen usw. Schutzmaßnahmen angewendet werden müssen. Damit wird es zukünftig unmöglich, z.B. Bahnlinien oder Straßen zu sanieren oder zu erweitern, ohne Schutzmaßnahmen durchzuführen. Der Tierschutz ergibt sich aus der Verantwortlichkeit des Menschen auf die Umwelt. Die Forderung nach Beachtung von Lärm auf Tiere erweitert ggf. den Planungsaufwand, die Forderung nach Vermeidung erhöht ggf. den ökonomischen Aufwand für Schallschutzmaßnahmen. Vorrang des aktiven vor dem passiven Schallschutz ist Grundlage, um die aktuelle Praxis des Schallschutzes umzukehren. Oft wird passiver Schutz betrieben, weil dieser auf den ersten Blick einfach billiger ist. Durch passiven Schallschutz wie z.B. Lärmschutzfenster werden Menschen in Häuser eingesperrt, aktiver Lärmschutz z.B. nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkungen wirken an der Quelle. Bisher werden Gesundheitskosten bei der Bewertung von Lärm nicht berücksichtigt. Das Einbeziehen der Gesundheitskosten führt direkt zur Notwendigkeit von besserem Schallschutz. Die Einführung eines Lärmlabels stellt eine Innovation in der Parteienlandschaft dar. Analog zum bekannten Energielabel für Kühlschränke, Waschmaschinen, Glühlampen, das CO_2 Label für Autos usw. soll eine einfache zu erfassende Kennzeichnung von Lärmquellen für z.B. Wohn- und Arbeitsorte, Kitas, Schulen usw. geschaffen werden.

WP081 - CCS-Technologie

Antragsteller: AG Umwelt und Energie → Version: 17. Mai 2012; 02:16 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP081 - CCS-Technologie

Antragstext:

Der Landesparteitag möge, die Anwendung der CCS-Technologie, die die Endlagerung von CO_2 im Untergrund sowie in Gewässern zur Folge hätte, abzulehnen, sowie folgendes für das Wahlprogramm zu beschließen:

Der Transport von industriell verunreinigtem CO_2 sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern bergen eine große Anzahl an potenziellen Gefahren, ökologischen und finanziellen Nachteilen, die bisher noch nicht vollständig zu überblicken sind, und sind mit Grund- und Menschenrechten nicht vereinbar. Einige dieser Gefahren sind Erdbeben und Erdrutsche, welche für anliegende Städte und Ortschaften Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden bedeuten würden. Die Abscheidung, der Transport und die CO_2 -Endlagerung mindern die Effizienz der fossilen Kraftwerke, wodurch die Stromerzeugung teurer werden würde und sehr viele Steuergelder aufgewendet werden müssten. Aus diesen und weiteren Gründen lehnen wir den Transport von industriell verunreinigtem CO_2 , sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern ab. Eine Abscheidung von CO_2 für andere Nutzungsarten wird nicht abgelehnt.

Begriffsklärung

CCS (engl. Carbon (Dioxide) Capture and Storage, deut. Kohlenstoff(dioxid)-Abscheidung und Speicherung) bezeichnet die Abscheidung von Kohlenstoffdioxid (CO_2) insbesondere aus industriellen Prozessen (z.B. Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen) mit dem Ziel der anschließenden Endlagerung, vorrangig in unterirdischen und unterseeischen Speicherstätten. Durch die Endlagerung soll verhindert werden, dass das CO_2 in die Atmosphäre gelangt, wo es als Treibhausgas wirken könnte. Eine Abscheidung von CO_2 zur weiteren Nutzung, z.B. für chemische Synthesen, darf nicht als Teil des CCS-Verfahrens verstanden werden. Mit diesem Antrag wird nicht das gesamte Technologiefeld abgelehnt werden. Eine Speicherung von CO_2 in Form von Biomasse wird nicht abgelehnt.

Begründung:

Es gibt zahlreiche Gefahren, Probleme und Alternativen bezüglich dieser Technologie.

Gefahren:

Labor- sowie Feldexperimente zeigen, dass unterirdisch gelagertes CO_2 , beispielsweise durch von Reaktionen spröde gewordenes Gestein, ins Grundwasser und an die Oberfläche gelangen kann. Dieses könnte das Grundwasser ungenießbar machen und Menschen und Tiere ersticken. Die unterirdische Druckzunahme bei der Verpressung könnte Erdbeben, Erdrutsche und Oberflächenverformungen induzieren, was Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden auch außerhalb des Endlagergebiets zur Folge hätte. Auch die Endlagerung von CO_2 im Meer könnte dortiges Leben durch eine Übersäuerung des Wassers auslöschen. Aus unterirdischen Lagerstätten austretendes CO_2 würde sich auf Bodenniveau ablagern, die Luft verdrängen und kann so Menschen und Tiere ersticken. (Eyer 2004, BMWi 2007, Baxter et. al. 1989) Auch CO_2 , dass beim Transport durch oberirdische Pipelines austreten könnte, könnte solche Katastrophen herbeiführen. Das Explosionsrisiko beim Transport von CO_2 ist zwar erheblich geringer als beim Transport von Erdgas, jedoch ergebe sich aus der erheblichen Toxizität des CO_2 -Gemischs, bedingt durch sehr giftige Begleitgase wie Schwefelwasserstoff, Schwefeldioxid und Stickstoffoxide, ein stark erhöhtes Gefahrenpotenzial. (UBA 2006) Zur unterirdischen Speicherung wird eine unterirdische Lagerung in tiefen Sedimentgesteinen, deren Poren mit Salzwasser gefüllt sind, favorisiert. Für eine effiziente Lagerung sind Drücke und Temperaturen notwendig, wie sie in 800 Meter Tiefe und darunter herrschen. Bei diesen Drücken besitzt das CO_2 eine etwas geringere Dichte als das Wasser aber eine erheblich niedrigere Viskosität (fluidaler Zustand) und kann Salzwasser verdrängen. Das verdrängte Salzwasser kann wiederum Grundwasser verdrängen und verschmutzen. Auch kann verunreinigtes CO_2 sich im Grundwasser lösen und es so vergiften. Das von der UN eingestandene Recht auf sauberes Grundwasser und das im Grundgesetz verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit wären gefährdet. Das fixierte CO_2 könnte als Gas wieder freigesetzt werden, falls die Tiefenwässer irgendwo aufsteigen und der Druck damit fällt. (Enick & Klara 1990, Carroll & Mather 1992, Portier & Rochelle 2005)

Nachteile:

Die Anwendung von CCS würde jährlich mehrere Milliarden Euro kosten. Am teuersten wären zunächst das Nachrüsten der Kraftwerke und besonders der Bau von Pipelines und CO_2 -Verpressungsanlagen. Ein Kraftwerk, welches das Abscheidungsverfahren einsetzt, benötigt je nach Kraftwerkstyp bis zu 40 % der erzeugten Energie für die Abscheidung. Die Effizienz der Kraftwerke würde sich stark vermindern und mehr Brennstoff benötigt werden. Die Mehrkosten würden die Strompreise erhöhen. Durch den erhöhten Brennstoffbedarf würden Ressourcen stärker ausgebeutet werden. Es würden mehr Tagebaue benötigt, Landschaften schneller zerstört und ein höherer Schaden an Mensch und Natur angerichtet werden. Beim Transport zu Endlagerstätten könnte giftig verunreinigtes CO_2 austreten und Vergiftungen hervorrufen. Würde dieses vorher gereinigt werden, würden sich die Kosten und der Energiebedarf noch stärker erhöhen. Gemäß dem aktuellen Gesetzesentwurf soll 30 Jahre nach Endlagerungsbeginn der Steuerzahler die weiteren Kosten für die Überwachung der Endlager zahlen. Es soll sichergestellt werden, dass das CO_2 jahrtausendlang sicher gelagert wird. Dies wäre finanziell, technisch, materiell und personell nicht durchführbar. Frühestens ab 2020 wäre das Verfahren industriell einsetzbar, bis dahin wären jedoch erneuerbare Energien viel weiter ausgebaut, in der Anschaffung billiger und daher vorzuziehen. Die Anwendung der CCS-Technologie würde die klimafreundlicheren und kostengünstigeren erneuerbaren Energien verdrängen. Die Speicherkapazität aller möglichen Endlager ist begrenzt und wäre in Deutschland nach 50 bis 90 Jahren erschöpft.

Bürgerrechtsprobleme:

Die Akzeptanz durch die Bevölkerung in den potenziell betroffenen Gebieten ist nicht gegeben. Bürger dieser Gebiete protestieren bereits und weitere Proteste sind angekündigt. Jeder Bürger sollte das Recht haben, selbst entscheiden zu können, ob unter seinem Grund und Boden Industrieabfall entsorgt werden dürfe. Da die meisten Bürger dies ablehnen, darf eine Endlagerung nicht stattfinden. Durch die Endlagerung würde der Wert der betroffenen Grundstücke sinken und die gesamte Region für die Bevölkerung und den Tourismus unattraktiv werden.

Alternativen:

Durch den Verzicht auf CCS würden viele staatliche Gelder eingespart werden, welche unter anderem zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Erforschung der Energiespeicherung, zur Aufforstung zerstörter Wälder, sowie zur Effizienzsteigerung bestehender Energiequellen eingesetzt werden sollten. Außerdem kann CO_2 als Energiespeicher verwendet werden. Man kann es in Methan umwandeln und dieses dann dem Gasnetz zuführen oder in Gaskraftwerken verbrennen, das CO_2 wieder abscheiden und erneut in Methan umwandeln. Dies wäre sinnvoll, wenn regenerative Energieproduktion mehr Strom erzeugt als zu dem Zeitpunkt genutzt wird. Strom würde dann in chemische Bindungsenergie umgewandelt, als solche gespeichert und bei erhöhtem Energiebedarf wieder freigesetzt. Da abgeschiedenes CO_2 in einem Kreislaufsystem als Energiespeicher sinnvoll verwendet werden kann, ist es auch im Hinblick auf die genannten Risiken unnötig, es endzulagern.

11. Gesundheitspolitik

WP061 - Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Antragsteller: Ralf → Version: 18. Mai 2012; 22:52 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP061 - Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei unterstützt die Initiative zur Ansiedlung von Ärzten in Brandenburg und die entsprechende Imagekampagne des Landes. (<http://www.arzt-in-brandenburg.de/partner.html>) Wir fordern weiter: Das Land entwickelt mit Unterstützung der Partner der Initiative eine Ansiedlungsstrategie, um mehr Ärzte im Land zu halten und/oder für das Land zu gewinnen. Wir fordern die Unterstützung des Landes für die Initiativen, die im Land medizinische Fakultäten aufbauen wollen, um selbst Ärzte im Land ausbilden zu können. Als Ziel sollte wenigstens eine medizinische Fakultät in Brandenburg gegründet werden. Das Land setzt sich für eine Reduzierung der Abgrenzung zwischen ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung in ländlichen Räumen mit Ärztemangel ein. Die Telemedizin ist weiter auszubauen. Das Modell der Gemeindeschwester ist in den ländlichen Außenregionen des Landes flächendeckend einzuführen.

Begründung:

Bisher gibt es in Brandenburg als einziges Bundesland keine medizinische Fakultät zur Ausbildung von Ärzten. Zwei Initiativen versuchen das zu ändern. Sie brauchen aber die Unterstützung des Landes. Diese ist bisher nicht gesichert. In vielen Regionen gibt es einen zunehmenden Ärztemangel. Die Einwohner unseres Landes müssen weite Fahrwege in Kauf nehmen und lange Wartezeiten. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten in dieser Frage erfordern ein übergreifendes Lösungsmanagement. Die Kliniken müssen sich im ländlichen Raum noch mehr für ambulante Versorgung öffnen dürfen. Dies ist an Klinikstandorten notwendig und möglich wo es zu wenig ambulante ärztliche Versorgung gibt. Die Gemeindeschwester soll nicht ärztliche Versorgung ersetzen, sondern ergänzen. Schon heute gibt es Regionen wo die ärztliche Versorgung nicht mehr gesichert ist. Die Menschen in den Dörfern dürfen nicht abgehängt werden von der öffentlichen medizinischen Daseinsvorsorge.

12. Bildungspolitik und Inklusion

WP065 - Mehr Geld für Bildung

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung konkurrierend zu WP075 (Seite 93)

→ Version: 18. Mai 2012; 21:37 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP065 - Mehr Geld für Bildung

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Der Bildungshaushalt soll in der kommenden Wahlperiode um mindestens 10 % aufgestockt werden.

Begründung:

Bildung ist heute in vielen Bereichen unterfinanziert. Die Inklusion führt zu kleineren Klassen, was einen erhöhten Personalbedarf zur Folge hat. Das Gelingen der Inklusion erfordert ferner Investitionen in Personal (flächendeckende Fortbildungen/Supervisionen) und Gebäuden. Eine zeitgemäße IT-Ausstattung aller Schulen ist wünschenswert. Zudem steigen die Pensionslasten im Bildungshaushalt rasant an.

WP075 - Keine Kürzung des Bildungshaushalts

Antragsteller: Markus Hoffmann im Namen des AK Bildung konkurrierend zu WP065 (Seite 92)

→ Version: 18. Mai 2012; 21:19 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP075 - Keine Kürzung des Bildungshaushalts

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Bildung ist ein hohes Gut im Hinblick auf die Erlangung von Kompetenzen der Menschen und die langfristige Entwicklung unseres Landes. Deswegen fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass in der kommenden Wahlperiode der Bildungshaushalt nicht gekürzt wird.

Begründung:

Begründung des Antrages Eine Verbesserung des Bildungsniveaus braucht nicht nur gute Ideen sondern auch finanzielle Mittel für deren Umsetzung. Außerdem sind Bildungseinrichtungen in einigen Bereichen bereits heute unterfinanziert.

WP066 - Keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:35 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP066 - Keine weitere Verbeamtung von Lehrkräften

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die Piratenpartei Brandenburg ist gegen eine weitere Verbeamtung von Lehrkräften.

Begründung:

Eine Verbeamtung von Lehrkräften ist nicht notwendig, da sie keine hohheitlichen Aufgaben erfüllen.

WP067 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:29 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP067 - Finanzielle Gleichstellung von freien und öffentlichen Trägern

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Jede Schule in freier Trägerschaft, die kein Schulgeld verlangt, wird finanziell im gleichen Umfang gefördert wie eine staatliche Schule.

Begründung:

Viele staatliche Schulen haben massive Qualitätsprobleme. Da sich Schulentwicklungsschritte an staatlichen Schulen in Zeiträumen von vielen Jahren, wenn nicht Jahrzehnten vollziehen, können und wollen nicht alle warten bis die staatlichen Schulen ihre Probleme in den Griff bekommen. Deshalb sollen Eltern, Kommunen und andere interessierte Initiativen eine faire Chance erhalten eine bessere Alternative zu schaffen. Die Praxis zeigt, dass freie Schulen in der Vermittlung von Kompetenzen und in zentralen pädagogischen Fragen, wie z.B. der individuellen Förderung, den staatlichen Schulen oftmals überlegen sind. Freie Träger reagieren flexibler auf die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Ihr Qualitätsbewusstsein ist ausgeprägter. Der Verzicht auf Schulgeld stellt sicher, dass hier keiner Elitenbildung über den Geldbeutel Vorschub geleistet wird. Der Staat soll sich in der finanziellen Förderung gegenüber allen Schulen ohne Schulgeld neutral verhalten. Freie Schulen die weiterhin Schulgeld verlangen, werden nach dem bisherigen Schlüssel weiterfinanziert.

WP068 - Qualitätswettbewerb fördern

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:28 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP068 - Qualitätswettbewerb fördern

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Jede Schule in freier Trägerschaft hat vom Tag der Eröffnung an, in gleichem Umfang Anspruch auf finanzielle Förderung durch den Staat, wie eine öffentliche Schule.

Begründung:

Die bisherige Regelung, dass der Anspruch auf finanzielle Förderung erst nach zwei bzw. 3 Betriebsjahren einsetzt, begünstigt insbesondere große Träger, wie z.B. die evangelische Kirche. Insbesondere für kleine Initiativen von Eltern stellt diese Hürde oftmals ein unüberwindbares Hindernis dar, da der komplette Schulbetrieb 2 bzw. 3 Jahre lang aus eigener Tasche finanziert werden muss.

WP069 - Visitation an allen Schulen

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:27 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP069 - Visitation an allen Schulen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Die Schulvisitation wird auf die Schulen in freier Trägerschaft ausgedehnt.

Begründung:

Die Schulvisitation ist das zentrale Instrument der Qualitätssicherung im Schulsystem. Die Ausdehnung auf freie Träger schafft Transparenz und Vergleichbarkeit auch auf diesem Feld.

WP070 - Inklusion

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:23 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP070 - Inklusion

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Inklusion als Menschenrecht

Die Piratenpartei setzt sich für das Recht jeden Bürgers ein, an der Gesellschaft teilzuhaben und diese aktiv und frei von Diskriminierung mitzugestalten. Jeder Mensch wird als verschiedenartig und gleichwertig respektiert. Deshalb spricht sich die Piratenpartei ganz klar für die Umsetzung der Inklusion in allen Lebensbereichen aus. Das Ziel ist für jeden Menschen, anstelle von "Fürsorge", ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu schaffen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Piratenpartei die Umsetzung der "inkluisiven Schule", in der jedes Kind mit jedem pädagogischen Bedürfnis teilhaben kann. Jedes Kind soll als Teil der Vielfalt zum gelingenden Unterricht beitragen können. Zur konsequenten Umsetzung der Inklusion fordert die Piratenpartei Brandenburg, dass Schulen zu den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache geschlossen und die Schülerinnen und Schüler in Regelschulen eingegliedert werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten "geistige Entwicklung", "Hören", "körperliche und motorische Entwicklung" und "Sehen" haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht und sollten vorzugsweise in der Regelschule eingeschult werden, wenn diese den Ansprüchen der Förderschwerpunkte gerecht wird. Eine entsprechende Ausstattung bzw. bauliche Anpassungen sind zu fördern und Lehrmittel nach Bedarf durch das Land zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Inklusion ist ein wichtiges aktuelles Thema zu welchem wir unmissverständlich Stellung beziehen sollten.

WP071 - Umsetzung Inklusion

Antragsteller: MorgenlandfahrtBRB im Namen des AK Bildung → Version: 18. Mai 2012; 21:17 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP071 - Umsetzung Inklusion

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Weitere Voraussetzungen für ein Gelingen von Inklusion sind: Familien sind umfassend zu informieren, zu beraten und zu begleiten. Hochschulen müssen Veranstaltungsangebote zu Inklusion, Umgang mit Heterogenität und Vielfalt, wie auch zu anderen sonderpädagogischen Inhalten als Standard für ein Studium für zukünftige Lehrkräfte anbieten. Im Blick auf offene Unterrichtsformen, individuelle Förderung aller Kinder und die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte bedarf es verstärkter Fortbildung, Beratung und Begleitung der Lehrkräfte und des gesamten anderen Personals. Zusätzliche Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf werden den Schulen pauschal entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl zugewiesen. Die Stunden der Sonderpädagogen dürfen nicht in Vertretungsstunden fließen. Für Vertretungsstunden braucht jede Schule eine ausreichende Grundausstattung an Lehrpersonal. Die Schülerzahl ist auf 20 Kinder pro Klasse zu begrenzen. Weitere Unterstützungen der Lehrkräfte durch Schülerpraktikanten, Mediatoren, Sozialarbeit am Standort Schule oder andere sind notwendig und sollen sowohl finanziell als auch durch eine aufwertende Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Kein Schüler darf grundsätzlich aus Unterricht, Klassenzimmer oder Schulleben ausgeschlossen werden, egal ob aus sozialen, materiellen oder anderen Gründen. Die Voraussetzungen für eine faire Umsetzung von Inklusion sind die Einbindung inklusiver Werte, Strukturen und Praktiken in allen Lebensbereichen und die Stärkung der Akzeptanz der inklusiven Leitidee über eine klare Stellungnahme: innerparteilich, wie auch in der Öffentlichkeit.

Begründung:

Eine erfolgreiche Inklusion Bedarf vieler Anstrengungen.

13. Staat und Religion

WP074 - Staat und Religion

Antragsteller: Christoph B. → Version: 16. Mai 2012; 12:43 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP074 - Staat und Religion

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Staat und Religion

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen die PIRATEN Brandenburg unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Die Piratenpartei Brandenburg erkennt und achtet die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen. Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben, ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

Begründung:

Der Antrag ist eine 1 zu 1 Kopie aus dem **Wahlprogrammpunkt Religion** der Piratenpartei Berlin.

14. Suchtpolitik

WP098 - Suchtpolitik

Antragsteller: Christoph B. → Version: 18. Mai 2012; 23:59:59 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP098 - Suchtpolitik

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Suchtpolitik

Konsumentenjagd beenden, konsequente Vorsorgepolitik starten

Die Piratenpartei Brandenburg will sich mit Hilfe von Modellversuchen dafür einsetzen neue drogenpolitische Lösungen für das ganze Land zu etablieren. Unser Ziel ist es, mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Die ersten Schritte dieses Weges können und werden wir in der kommenden Legislaturperiode gehen.

Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern

Der beste Schutz vor Abhängigkeitserkrankungen ist ein intaktes soziales Umfeld. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihren Kindern einen risikoarmen Umgang mit Rauschmitteln zu vermitteln. Flankierend werden wir den Unterricht an Brandenburger Schulen um ein Modul erweitern, das den Gebrauch bewusstseinsverändernder Substanzen im historischen und psychosozialen Kontext erarbeitet. Ziel des "Rauschkunde"-Unterrichts ist es, Jugendlichen Werkzeuge zur Selbstkontrolle aufzuzeigen. Diese Präventionsarbeit in Schulen kann nur gelingen, wenn vom Abstinenzdogma abgerückt wird, da diese Haltung gerade für junge Menschen unglaublich ist. Wir werden die Landesmittel für niedrigschwellige Hilfsangebote in der Suchthilfe deutlich aufstocken. Die therapeutische Arbeit wird dabei legale Rauschmittel und nichtstoffgebundene Süchte gleichberechtigt einschließen, da von ihnen ebenfalls große Gefahren für die Gesellschaft und den Süchtigen ausgehen.

Konsumenten schützen, Gesundheitsschäden minimieren

Wir glauben, dass eine "drogenfreie Gesellschaft" unmöglich ist. Statt die begrenzten Mittel für die vergebliche Jagd auf Konsumenten zu verschwenden, werden wir jene, die Rauschmittel nutzen, umfassend vor Gesundheitsrisiken schützen. Das Wissen um Wirkstoff und Beimengungen ist Grundlage risikoarmen Drogengebrauchs. Wir werden deshalb ein "Drugchecking"-Programm etablieren, das Konsumenten mit diesen mitunter lebensrettenden Informationen versorgt. Als ersten Schritt werden wir die Resultate der Drogentests des Landeskriminalamtes in On- und Offlinedatenbanken für Jedermann verfügbar machen.

Die PIRATEN Brandenburg setzen sich dafür ein, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Entkriminalisierung des gelegentlichen Konsums von Drogen zu nutzen, um Polizei und Staatsanwaltschaft von zehntausenden Verfahren zu entlasten. Dazu werden wir die Regelung zur "Geringen Menge" von Ausnahmetatbeständen befreien und derart neu formulieren, dass Verfahren frühzeitig eingestellt werden können.

Illegal gehandelte Cannabisprodukte sind immer häufiger mit Beimengungen verunreinigt, deren Gesundheitsgefahren die des Cannabis übersteigen. Wir werden deshalb einen Modellversuch zur legalen Eigenversorgung mit Cannabisprodukten nach dem Vorbild der spanischen "Cannabis Social Clubs" starten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bundesweite Legalisierung der Hanfpflanze ein.

Bestehende Netzwerke nutzen, gemeinsam Zukunft gestalten

Die PIRATEN Brandenburg streben die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinandersetzen. Gemeinsam werden wir eine Suchtpolitik erarbeiten, die riskanten Drogengebrauch verhindert, echten Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht und überdies die Rechte von Nichtkonsumenten schützt.

Begründung:

Die Grundlage des Antrages entstammt dem Wahlprogramm **Suchtpolitik** der Piratenpartei Berlin und wurde dem Land Brandenburg angepasst. Den Unterpunkt “Schwerstabhängigen konsequent helfen, Begleiterkrankungen verhindern” des Berliner Wahlprogramms habe ich entfernt, da ich mich mit der bisherigen Arbeit Brandenburgs in der Suchthilfe nicht auskenne und daher dazu keine Aussagen treffen kann. Ich hoffe, dass dies mit Hilfe des Arbeitskreises Suchtpolitik aufgearbeitet und an die Brandenburgischen Verhältnisse angepasst, dem Wahlprogramm ergänzt werden kann.

WP088 - Präventionsunterricht an Schulen

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 15:11 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP088 - Präventionsunterricht an Schulen

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Landtagswahl aufzunehmen:

Präventionsunterricht an Schulen

Die derzeitigen Maßnahmen zur Aufklärung mit dem Umgang von Rauschmitteln mit Suchtpotenzial an Schulen entspricht nicht unseren Vorstellungen. Ein frühestmöglicher Beginn der Präventionsmaßnahmen ist um den Umgang mit legalen und illegalen Substanzen zu schulen und vor Gefahren zu warnen unabdingbar. Der Beste Weg Menschen vor einer unkontrollierbaren Abhängigkeit zu schützen ist über Suchtpotenzial und Gefahren für die Gesundheit zu informieren. Wir werden mit Lehrenden und Fachkräften ein Konzept zur Sucht- und Drogenprävention ausarbeiten, und fordern hierfür einen festen Platz im Lehrplan des Landes Brandenburg.

Begründung:

Der Antrag wurde inhaltlich aus dem Wahlprogramm der PiratenNRW kopiert und für Brandenburg durch den AK Suchtpolitik angepasst.

WP089 - Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 15:27 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP089 - Freigabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Die Cannabispflanze enthält eine Reihe von Wirkstoffen, die ein hohes Potenzial für die medizinische Nutzung haben. Diese Substanzen bieten Linderung bei vielen schwerwiegenden Leiden und Krankheiten, wie beispielsweise Krebs, HIV, Tourette, Epilepsie, Rheuma, Arthritis, Multiple Sklerose oder in der Schmerztherapie. Bei diesen Krankheiten stößt selbst die moderne Schulmedizin an ihre Grenzen. Die in der Cannabispflanze enthaltenen Wirkstoffe sind für die Behandlung dieser Krankheiten erforderlich um die Methoden der Schulmedizin zu unterstützen, die Leiden zu lindern und eine Genesung schnellstmöglich voran zu treiben. Derzeit ist der Umgang mit medizinischem Cannabis untersagt. Die Piratenpartei Brandenburg fordert Medikamente mit medizinischem Cannabis verschreibungspflichtig freizugeben. Patienten, die auf die medizinische Nutzung von Cannabis angewiesen sind, soll der Zugang wie zu jeder anderen Arznei ermöglicht werden. Außerdem werden so die Hürden, die eine zukunftsweisende Forschung in diesem Bereich verhindern, aus dem Weg geräumt.

Begründung:

Der Antrag wurde inhaltlich aus dem Programm der PiratenNRW kopiert und von dem AK Suchtpolitik für Brandenburg abgeändert.

WP090 - Drogen und Suchtprävention

Antragsteller: Thomas Goede → Version: 18. Mai 2012; 15:37 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP090 - Drogen und Suchtprävention

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge beschließen, folgende Position in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Drogen- und Suchtpolitik

Verantwortungsvoll mit Rauschmitteln umzugehen darf nicht ausschließlich in der Schule gelehrt werden. Die Piraten Brandenburg setzen sich für die Einrichtung von flächendeckenden Anlaufstellen zur Aufklärung ein. So soll es jedem Bürger möglich sein sich über die gesundheitlichen Konsequenzen, das Suchtpotenzial oder die Anwendungsmöglichkeiten verschiedenster Rauschmittel zu informieren. Auf die Wahrung der Persönlichkeitsrechte ist dabei zu achten. Bei dem Besuch dieser Aufklärenden Einrichtungen dürfen keine personenbezogenen Daten erfasst und gespeichert werden.

Begründung:

Der Antrag wurde inhaltlich aus dem Programm der PiratenNRW kopiert und von dem AK Suchtpolitik für Brandenburg abgeändert.

15. Haushaltspolitik

WP091 - Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Antragsteller: MvG → Version: 18. Mai 2012; 18:29 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP091 - Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Antragstext:

Barrierefreier und maschinenlesbarer Haushalt

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Haushaltsrechnungen, Haushaltsentwürfe und Unterlagen über die mittelfristige Finanzplanungen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene spätestens zum Zeitpunkt der Vorlage an das zuständige Gremium und mindestens vier Wochen vor dem Termin einer beschlussrelevanten Sitzung des Gremiums nicht nur als PDF - Dokument, sondern auch in einer Weise digital veröffentlicht werden (vorzugsweise Tabellendokument, OfficeOpenXML (OOXML) oder Open Document Format (ODF)), die eine weitergehende Auswertung der Unterlagen durch interessierte Bürgerinnen und Bürger barrierefrei und maschinenlesbar zulässt. Die Unterlagen zur Haushaltsplanung sollen vollständig digital einsehbar sein und neben den Haushaltsansätzen des Vorjahres auch die Ergebnisse des abgelaufenen Haushaltsjahres, die Haushaltsansätze des kommenden Haushaltsjahres und auch die vollständigen Begründungen je Einzelposition enthalten. Vorbemerkungen, Erklärungen zu Deckungsfähigkeiten sowie die Anlagen zum Haushaltsplan sind ebenso digital auszuweisen.

Begründung:

Nur durch die frühzeitige Darstellung der Haushaltsplanung und der eröffneten Möglichkeit, die zugehörigen Dokumente nach frei festzulegenden Kriterien zu filtern, kann bürgernahe Transparenz in Haushaltsfragen gewährleistet werden. Datenschutzrechtliche Gründe, die einer Veröffentlichung zuwiderstehen, existieren nicht. Vielmehr haben die Bürger nach dem Informationsfreiheitsgesetz einen Rechtsanspruch auf diese Informationen und müssen sich zu mindest darauf verlassen können, dass die Verordneten des beschlussgebenden Gremiums hinreichende Möglichkeiten zur Einsichtnahme in alle erforderlichen Unterlagen hatten.

Um einen handhabbaren Umgang mit den Datenmengen zu gewährleisten, sind die Haushaltspläne barrierefrei und maschinenlesbar zu publizieren, Beispielsweise als Tabellendokument oder ggf. einfach als html oder Textfile, jedoch nicht als ein gescanntes pdf. Da der Haushaltsentwurf und der anschließende Beschluss sich in jedem Fall an der bestehenden Rechtsgrundlage, der Bedarfssituation und der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten orientiert, ist eine rechtswidrige oder auch nur kontraproduktive Umgestaltung der Haushaltsansätze durch diese geschaffene Transparenz erschwert. Vielmehr wird einer ungewollten Manipulation der Haushaltszahlen vorgebeugt. Eine Überprüfung der Dokumente auf durchgeführte Änderungen zum vorherigen Ansatz ist jederzeit möglich. Die durch die geforderte Vorveröffentlichung geschaffene Transparenz erleichtert die Kommunikation mit den Bürgern, stärkt den beschlossenen Entwurf das zuständige Gremium und beugt einer ungewollten Einflussnahme vor.

WP092 - Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhaltern im Haushalt

Antragsteller: MvG → Version: 18. Mai 2012; 18:32 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP092 - Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhaltern im Haushalt

Antragstext:

Unzulässigkeit von Globalen Minder- und Mehrausgaben sowie Platzhaltern im Haushalt

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich für einen transparenten, nachvollziehbaren und vollständigen Haushalt aus, in dem alle Einnahmen und Ausgaben separat und einzeln aufgelistet sind. Die weitere Nutzung von globalen Mindereinnahmen, globalen Mehreinnahmen und Platzhaltern im Haushalt des Landes, der Kreise und Gemeinden, steht dem entgegen und wird aus diesem Grund abgelehnt.

Begründung:

Platzhalter (z.B 0 oder 1.000 Euro), globale Mindereinnahmen und globale Mehreinnahmen verschleiern den tatsächlichen Verwendungszweck von Ausgaben, machen Einsparungen intransparent und können dazu führen, das Budgetlöcher überdeckt werden.

WP093 - Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene

Antragsteller: MvG → Version: 18. Mai 2012; 18:51 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

WP093 - Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene

Antragstext:

Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auch auf Landesebene

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich für ein modernes und homogenes Rechnungswesen in staatlichen Bereichen ein und unterstützt den Ansatz der Landesregierung für die Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auf Kommunalebene. Darüber hinausgehend fordert die Piratenpartei Brandenburg zur Förderung der Transparenz auf allen staatlichen Ebenen die Einführung der Doppik auch auf Landesebene bis zum Jahr 2018.

Begründung:

Die doppelte Buchführung (Doppik) hat die Jahrhunderte alte Kameralistik in vielen Kommunen in Deutschland bereits abgelöst. Doppik bietet bessere Informationen zu Vermögen und Mittelherkunft (Eigen-, Fremdkapital und Rückstellungen), wodurch die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandels gesteigert werden kann und für den Bürger die Transparenz erhöht wird.

Die Doppik enthält insbesondere die Auflistung der Vermögenswerte, eine Bilanzierung sowie eine Gewinn und Verlust-Rechnung. Somit ist beispielsweise der Abbau von "Tafelsilber" (durch Verkäufe von Immobilien und landeseigener Betriebe) nachvollziehbar, gleichzeitig sind Rückstellungen für Pensionen bilanziell auszuweisen. Beim Verkauf von Eigentum wird auch ersichtlich, um welchen Anteil das Gesamtvermögen sich verändert.

Ausgehend von den Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Innenminister (IMK) vom 22. November 2003 hat sich das Land Brandenburg in 2004 für die Einführung des doppelten Haushalts- und Rechnungswesens auf Kommunalebene entschieden. Begründet wurde die Einführung damit, dass gegenüber der traditionellen Kameralistik ein doppelter Rechnungswesen erhebliche Vorteile bietet, denn erstmals wird es möglich sein, Ressourcen und deren Verbrauch vollständig zu erfassen. Ein doppelter Rechnungswesen stellt durch den systematischen Verbund der Ergebnis-, Finanz-, und Vermögensrechnung darüber hinaus sicher, dass die Geschäftsvorfälle nicht mehrfach erfasst werden müssen und eröffnet dadurch Einsparpotentiale. Neben den möglichen Einsparpotentialen im Verwaltungsbereich des Landes können interessierte Bürgerinnen und Bürger leichter als bisher nachvollziehen, wie ihre Steuergelder verwendet werden und sich so ein eigenes Bild von der wirtschaftlichen Situation des Landes machen. Entscheidungen der Landesregierung und der Einzelressorts können leichter nachvollzogen und kritischer begleitet werden. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse wird gefördert. Die PIRATEN müssen auf die Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz drängen.

Teil IV.

Positionspapiere

1. Eingereichte Positionspapiere

Q001 - Volksentscheid über ESM

Antragsteller: Horus → Version: 22. April 2012; 19:57 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q001 - Volksentscheid über ESM

Antragstext:

Der LPT möge folgende Aussage als offizielles Positionspapier verabschieden:

“Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland ist der Ansicht, dass bei grundlegenden politischen Entscheidungen die Bürger/innen ein Recht auf direkte Beteiligung an der Entscheidung haben.

Daher setzt sich der Landesverband dafür ein, dass über die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) per Plebiszit auf Bundesebene entschieden wird.

Der Landesverband der Piratenpartei fordert die Landesregierung auf, über eine entsprechende Bundesratsinitiative Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen mit dem Ziel, dass ein solcher Volksentscheid angeordnet wird.”

Begründung:

1. Der ESM stellt einen tiefgreifenden Eingriff in die Haushaltsautonomie des Bundestages dar. Dadurch wird die Möglichkeit der Bürger/innen, durch künftige Wahlen einen realen Einfluss auf die sachlichen Inhalte der Bundespolitik zu nehmen, in unzulässiger Art und Weise eingeschränkt. Die Piratenpartei kann einen solchen Eingriff in die Bürgerrechte nicht hinnehmen. Das BVerfG hat im Punkt 2 der Begründung zum Lissabon-Urteil unmissverständlich klargestellt: “Das Recht der Bürger, in Freiheit und Gleichheit durch Wahlen und Abstimmungen die sie betreffende öffentliche Gewalt personell und sachlich zu bestimmen, ist in der Würde des Menschen verankert und elementarer Bestandteil des Demokratieprinzips.”

(<http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>)

2. Der ESM schafft einen permanenten Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Damit wird die Europäische Union zu einer Haftungsunion nach dem Modell eines Bundesstaates. In Punkt 1) der Begründung zum Lissabon-Urteil des BVerfG stellt das Gericht aber klar: “Für den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat wäre in Deutschland eine Verfassungsneuschöpfung notwendig, mit der ein erklärter Verzicht auf die vom Grundgesetz gesicherte souveräne Staatlichkeit einherginge.” Weiterhin heißt es dort: “Die Völker der Mitgliedstaaten sind Träger der verfassungsgebenden Gewalt. Das Grundgesetz erlaubt es den besonderen Organen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung nicht, über die grundlegenden Bestandteile der Verfassung, also über die Verfassungsidentität zu verfügen (Art. 23 Abs. 1 Satz 3, Art. 79 Abs. 3 GG). Die Verfassungsidentität ist unveräußerlicher Bestandteil der demokratischen Selbstbestimmung eines Volkes.” (<http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg09-072.html>)

Wir Piraten wehren uns gegen jeden Versuch, die verfassungsgebende Gewalt aus den Händen des Volkes zu nehmen. Der Staat ist Dienstleister des Volkssouveräns.

Anmerkungen:

Selbst Rechtswissenschaftler wie Prof. Dr. Wolfgang Kahl (Direktor des Instituts für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht Heidelberg) und Dr. Andreas Glaser (Akademischer Rat dieses Instituts) reklamieren inzwischen u. A. aus den angeführten Gründen, dass aus den Regelungen des ESM de facto eine “neue Verfassung” im Sinne des Artikel 146 GG resultiert und somit Bundestag und Bundesrat verpflichtet seien, eine Volksabstimmung anzuordnen.

(Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-nicht-ohne-uns-11675748.html>)

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ferdinand Kirchhof, forderte öffentlich, dass über grundlegende Fragen wie die EU-Verträge (und den Euro) Volksabstimmungen geben müsse. Er sagte in diesem Zusammenhang u. A. dass direkte Demokratie überall angebracht sei, wo für die Bürger/innen der EU grundlegende Entscheidungen gefällt werden.

(http://www.focus.de/politik/ausland/eu/europaweite-volksabstimmungen-kirchhof-fordert-direkte-demokratie-in-der-eu_aid_711006.html)

Q002 - Unterstützung der Volksinitiative Hochschulen erhalten

Antragsteller: RicoB CB → Version: 08. Juni 2012; 12:08 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q002 - Unterstützung der Volksinitiative Hochschulen erhalten

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge folgendes Positionspapier beschließen:

Die Piratenpartei Brandenburg unterstützt das Anliegen der bereits erfolgreichen **Volksinitiative "Hochschule erhalten"**. Die brandenburgische Landesregierung ist gewillt, die zwei völlig unterschiedlichen Hochschulen in Cottbus und Senftenberg aufzulösen und eine neue gemeinsame Universität zu gründen. Erst im Anschluss soll über ein Hochschulkonzept für Brandenburg diskutiert werden. Zahlreiche Studentinnen und Studenten sagen: "Erst denken, dann entscheiden. Brandenburgs Zukunft steckt in starken und unterschiedlich ausgerichteten Hochschulen. Wir fordern, den konzeptlosen Zusammenschluss von BTU Cottbus und Hochschule Lausitz (FH) zu stoppen, über ein leistungsfähiges Hochschulkonzept für Brandenburg zu reden und dann die richtigen Entscheidungen zu treffen."

Die Piratenpartei Brandenburg schließt sich daher der Volksinitiative "Hochschule erhalten" an. Kommt es im Folgenden zu einem Volksbegehren oder einem Volksentscheid, unterstützen die PIRATEN Brandenburg auch diese Mittel der direkten Demokratie.

Begründung:

Der Antragstext enthält die Begründung der Forderung.

Q003 - Ablehnung des ESM-Vertrages

Antragsteller: Horus → Version: 17. Mai 2012; 10:09 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q003 - Ablehnung des ESM-Vertrages

Antragstext:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei möge beschließen, folgendes als offizielles Positionspapier zu verabschieden:

Modul1: Der Landesverband der Piraten Brandenburg lehnt den Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab. In seiner derzeitigen Fassung begründet der Vertragstext eine undemokratische Organisation, überträgt ihr zentrale Befugnisse der gewählten Organe unserer Gesellschaft und entzieht sie gleichzeitig vollständig und dauerhaft der Kontrolle der Bürger und dem Zugriff der Judikative. Damit ist er nicht nur weitestmöglich von den Grundforderungen der Piraten entfernt, sondern steht nach unserem Ermessen auch nicht mehr auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes.

Modul2: Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei unterstützt offiziell die durch den Verein Mehr Demokratie e.V. initiierte Verfassungsbeschwerde. Wir empfehlen unseren Mitgliedern, Wähler(inne)n und Sympathisant(inne)n, die Verfassungsbeschwerde durch die Unterzeichnung der durch den Verein veröffentlichten Vollmacht zur Klageerhebung zu unterstützen.

Modul3: Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei fordert alle Mitglieder des deutschen Bundestages auf, gegen den vorliegenden Vertragstext zu stimmen. Wir fordern die Landesregierung Brandenburgs auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Annahme dieses Vertrages im Bundestag und Bundesrat zu verhindern.

Begründung:

Wir Piraten stehen für das Recht der Bürgerinnen und Bürger ein, durch freie Wahlen realen und wirksamen Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Da Regierungen vom Volk nur für einen begrenzten Zeitraum gewählt werden, halten wir sie nicht für legitimiert, über Vermögen des Staates “unwiderruflich und uneingeschränkt” zu verfügen. Insofern stellt die entsprechende Formulierung in Artikel 9 des ESM-Vertrages nach unserer Ansicht einen Verstoß gegen die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie dar.

Wir Piraten stehen für Transparenz und Demokratie.

Die dem ESM in Artikel 32 zugestandene Immunität verhindert die demokratische Einflussnahme auf den ESM, schafft die Grundlage für eine intransparente Arbeitsweise des ESM und untergräbt die Gewaltenteilung, indem sie der Judikative die Möglichkeit nimmt, Einfluss auf ein durch die Legislative beschlossenes Organ zu nehmen.

Der ESM stellt einen tiefgreifenden Eingriff in die Haushaltsautonomie des Bundestages dar. Dadurch wird die Möglichkeit der Bürger/innen, durch künftige Wahlen einen realen Einfluss auf die sachlichen Inhalte der Bundespolitik zu nehmen, in unzulässiger Art und Weise eingeschränkt. Die Piratenpartei kann einen solchen Eingriff in die Bürgerrechte nicht hinnehmen.

Das BVerfG hat im Punkt 2 der Begründung zum Lissabon-Urteil unmissverständlich klargestellt: “Das Recht der Bürger, in Freiheit und Gleichheit durch Wahlen und Abstimmungen die sie betreffende öffentliche Gewalt personell und sachlich zu bestimmen, ist in der Würde des Menschen verankert und elementarer Bestandteil des Demokratieprinzips.” Der ESM schafft einen permanenten Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Damit wird die Europäische Union zu einer Haftungsunion nach dem Modell eines Bundesstaates. In Punkt 1) der Begründung zum Lissabon-Urteil des BVerfG stellt das Gericht aber klar: “Für den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat wäre in Deutschland eine Verfassungsneuschöpfung notwendig, mit der ein erklärter Verzicht auf die vom Grundgesetz gesicherte souveräne Staatlichkeit einherginge.” Weiterhin heißt es dort: “Die Völker der Mitgliedstaaten sind Träger der verfassungsgebenden Gewalt. Das Grundgesetz erlaubt es den besonderen Organen der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung nicht, über die grundlegenden Bestandteile der Verfassung, also über die Verfassungsidentität zu verfügen (Art. 23 Abs. 1 Satz 3, Art. 79 Abs. 3 GG). Die Verfassungsidentität ist unveräußerlicher Bestandteil der demokratischen Selbstbestimmung eines Volkes.” Wir Piraten wehren uns gegen jeden Versuch, die verfassungsgebende Gewalt aus den Händen des Volkes zu nehmen. Der Staat ist Dienstleister des Volkssouveräns.

Q004 - Positionspapier BER

Antragsteller: AG Bauen Verkehr und Infrastruktur → Version: 07. Juni 2012; 01:30 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q004 - Positionspapier BER

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Deutschland, Landesverband Brandenburg möge folgendes Positionspapier beschließen:

1.

Die Piraten Brandenburg fordern eine Veröffentlichung sämtlicher den BER betreffenden Dokumente.

Bereits die Festlegung des Standortes Schönefeld-Süd in Konkurrenz zu Sperenberg und Jüterbog im Ergebnis des Raumordnungsverfahren 1994 ist nach unklaren Kriterien in einem Konsensbeschluss der Länder Berlin, Brandenburg und des Bundes erfolgt.

Die Piraten Brandenburg fordern ferner eine schlüssige Veröffentlichung aller durch den Flughafenbau und die Verschiebung der Öffnung verursachten öffentlichen Verpflichtungen einschließlich der Schadenersatzaufwendungen sowie eine Aufgliederung, zu wessen Lasten und in welchem Zeitraum die Verpflichtungen abzulösen sind und welche zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler Berlins, Brandenburgs und des Bundes bzw. der Flugpassagiere damit verbunden sind.

Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck hat in der Regierungserklärung vom 21.05.2012 zur Verschiebung der Eröffnung eingeräumt, dass der Kostenrahmen von 2,4 Milliarden Euro nahezu erschöpft sei. Zusätzlich werden 430 Millionen Euro Mittel der Anteilseigner, also der Länder Berlin, Brandenburg und des Bundes, sowie 530 Millionen vom Flughafen in den letzten Jahren erwirtschaftete Eigenmittel eingesetzt. Hierbei sind die zusätzlichen Kosten durch die Verschiebung und durch einen dem Planfeststellungsverfahren entsprechendem Schallschutz noch nicht berücksichtigt.

2.

Die Piraten Brandenburg fordern, dass die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen von einer unabhängigen, paritätisch besetzten Instanz festgelegt werden. Dieses Gremium weist die Flughafengesellschaft an, auf ihre Kosten die Maßnahmen umzusetzen und kontrolliert deren Umsetzung.

Die Schallschutzmaßnahmen sind zügig und in vollem, vom Planfeststellungsbeschluss geforderten, Umfang durchzuführen, insbesondere auch in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen.

Entscheidungen des o.g. Gremiums unterliegen der rechtlichen Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Der Flughafen darf erst eröffnet werden, wenn alle diese Maßnahmen nachweislich umgesetzt oder verbindlich geplant sind. Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ist von der Landesregierung zu beauftragen, umgehend belastbares Zahlenmaterial zum Immissionsschutz zu erarbeiten bzw. dieses freizugeben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Klarstellungsantrag der Flughafengesellschaft, der auf eine Änderung des Planfeststellungsverfahrens abzielt, vom 19.04.2012 zurückzuweisen.

BER wird hinsichtlich Lärm- und anderer Umweltbelastung erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in der Region haben. Zur Zeit bestehen noch gravierende Mängel bei der Umsetzung des Schallschutzes gemäß Planfeststellungsbeschluss. Eine sinnvolle Kontrolle der Umsetzung des Schallschutzes erfolgt nicht, da die zuständige Aufsichtsbehörde untätig ist. Die Flughafengesellschaft hat bei der Landesregierung einen sogenannten "Klarstellungsantrag" eingereicht, um eine Planänderung zu erwirken, die geeignet ist, den Schallschutz aufzuweichen.

3.

Die Piraten Brandenburg fordern aufgrund der erheblichen, gesundheitsgefährdenden, Lärmbelastung ein striktes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 für BER (einzige Ausnahmen bilden Rettungsflüge) und fordern die Landesregierung auf, umgehend ein landesplanerisches Nachtflugverbot zu verfügen. Weiterhin werden Volksbegehren für ein solches Flugverbot unterstützt.

4.

Die Piraten Brandenburg wenden sich gegen einen Ausbau des Flughafens BER um eine weitere Start- und Landebahn. Sie fordern die Beibehaltung von BER als Regionalflughafen gemäß Planfeststellungsbeschluss.

5.

Nach derzeitiger Kenntnis sollte zum 15.06.2012 die Berufung des BER zum sogenannten "Sanitätsflughafen" erfolgen. Die Piraten Brandenburg fordern die Landesregierung auf, umgehend die Blockade des Durchführungsgesetzes (IGV-D) zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften im Bundesrat zu beenden und Landkreise und Kommunen von den Kosten in Zusammenhang mit dem Sanitätsflughafen freizustellen.

Begründung:

Ergibt sich aus dem Positionspapier.

Q005 - Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt

Antragsteller: Henry Gießwein (LV TH) → Version: 08. Juni 2012; 20:30 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q005 - Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt

Antragstext:

Die PIRATEN Brandenburg fordern ein allgemeines gemeinsames Sorgerecht ab Geburt auch bei nicht miteinander verheirateten Elternteilen. Hierfür bedarf es einer Neuregelung des entsprechenden Sorgerechtsparagrafen § 1626a Absatz 1 Nr. 1 BGB [1]. Dieser sieht bisher nur das gemeinsame Sorgerecht vor, wenn beide Eltern gemeinsam eine Sorgerechtserklärung abgeben.

Begründung:

Bei dem Antrag geht es darum, den Unterschied zwischen verheirateten Vätern und unverheirateten Vätern aufzuheben. Verheiratete Väter bekommen automatisch das Sorgerecht ab der Geburt des Kindes, dies ist bei nichtverheirateten Vätern nicht der Fall. Der Unterschied, welcher gemacht wird ist weder Zeitgemäß, noch Rechtskonform.

Beim Landesparteitag 2012.1 in Thüringen wurde bereits das Gemeinsame Sorgerecht ab Geburt als Positionspapier beschlossen (siehe [Antrag](#)). Ziel der AG-Familie ist es, Positionspapiere in den Landesverbänden beschließen zu lassen, so dass die Forderung des gemeinsamen Sorgerechts ab Geburt bei einem der nächsten BPT in das Familienprogramm der Piratenpartei aufgenommen werden kann. Hierzu ist es jedoch hilfreich, wenn die Landesverbände ihre Position dazu im Vorfeld beschlossen haben.

weitere Quellen AG Familie:

<http://piratenpad.de/sorgerecht>

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Familie

Gemäß der gesetzlichen Regelung in § 1626a BGB kann ein Vater das gemeinsame Sorgerecht nur erhalten, wenn die Mutter damit einverstanden ist. Es gibt derzeit keinen rechtlichen Anspruch des Vaters auf das Sorgerecht. Dies stellt eine Ungleichbehandlung von Mann und Frau vor dem Gesetz dar. Die geschlechtliche Gleichstellung ist eines der Grundanliegen der Piraten und sollte sich daher auch im Familienrecht widerspiegeln. Wenn es dem Kindeswohl nicht widerspricht, sollten Vater und Mutter gleichberechtigt behandelt werden. Denn beide Elternteile haben ein genuines und von der Verfassung (GG Art. 6, Absatz 2) geschütztes Recht und auch die Pflicht, für ihre Kinder die Verantwortung zu tragen und verantwortungsbewusst Entscheidungen stellvertretend für und im Sinne ihrer Kinder zu treffen. Eine Nichtgleichbehandlung von Vater und Mutter widerspricht zudem der Europäischen Menschenrechtskonvention (Entscheid Dezember 2009). Darüber hinaus haben laut UN-Kinderrechtskonvention alle Kinder die gleichen Rechte.

Q006 - Volksbegehren Nachtflugverbot BER

Antragsteller: RicoB CB) → Version: 08. Juni 2012; 19:49 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Q006 - Volksbegehren Nachtflugverbot BER

Antragstext:

Der Landesparteitag der Piratenpartei Brandenburg möge folgende Aussage als offizielles Positionspapier verabschieden:

Die Piratenpartei Brandenburg fordert, dass die Anwohner der Ab- und Anflugschneisen des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) in den Nachtstunden Ruhe zur lebensnotwendigen Erholung haben. Die Gesundheit der Bevölkerung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen des Flughafens BER haben. Die PIRATEN Brandenburg unterstützen das derzeit laufende Volksbegehren “Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)”.

Begründung:

Der Antragstext enthält die Begründung der Forderung.

Teil V.

Sonstige Anträge

X001 - Redaktionskommission

Antragsteller: RicoB CB → Version: 03. Mai 2012; 14:59 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

X001 - Redaktionskommission

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen: Zur Korrektur sprachlicher Fehler und zur stilistischen Angleichung des vom Landesparteitag 2012.1 beschlossenen Programms (Landesprogramm und Wahlprogramm) wird eine “Redaktionskommission” eingesetzt. Die inhaltlichen Aussagen, die bereits vom Landesparteitag beschlossen sind, müssen in der Bearbeitung vollständig erhalten bleiben. Der sprachlich überarbeitete Gesamtentwurf des Landesprogramms und des Wahlprogramms wird dem nächsten Landesparteitag in Gänze zum nochmaligen Beschluss vorgelegt. Als “Redaktionskommission” wird die AG Politik des Landesverbandes Brandenburg eingesetzt. Die Mitarbeit in der AG Politik steht jedem Interessierten offen; die antragstellenden Piraten sind nach Möglichkeit in die Überarbeitung der von ihnen initiierten Passagen einzubeziehen.

Begründung:

Das Landesprogramm und das Wahlprogramm sollte in Rechtschreibung und Grammatik der korrekten neuen deutschen Rechtschreibung entsprechen.

X002 - Synchronisation der Landes-Mailingliste

Antragsteller: uk → Version: 06. Juni 2012; 16:42 Uhr

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

X002 - Synchronisation der Landes-Mailingliste

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landes-Mailingliste [1] wird mit dem Forum [2] sowie mit dem Newsserver [3] der Piratenpartei Deutschland synchronisiert. Die parallele Sync-Mailingliste [4] wird abgeschaltet.

[1] <https://service.piratenpartei.de/listinfo/brandenburg>

[2] <http://news.piratenpartei.de/>

[3] <nntp://news.piratenpartei.de>

[4] <https://service.piratenpartei.de/listinfo/brandenburg-sync>

Wird dieser Antragstext angenommen, möge der Landesparteitag folgende Module einzeln abstimmen lassen.

Modul Haltezeit:

Die Haltezeiten für Mailinglistenarchiv, Forum und Newsserver beträgt 14/30/90/365/X Tage.

(Bitte Anzahl der Tage abstimmen)

Modul Umschaltung:

Bei der Umschaltung auf die Synchronisierung erfolgt ein/kein Reset [5] der Landes-Mailingliste.

(Bitte Reset abstimmen)

[5] Reset: Am Stichtag werden alle Abonnenten von der Liste entfernt und jedem ehemaligem Abonnenten wird eine Einladungsmail mit den neuen Nutzungsbedingungen und einem Anmeldelink für den Listenserver gesendet.

Modul Zeitraum:

Der Zeitraum für Vorbereitung und Information zur Umschaltung beträgt 14/30/X Tage

(Bitte Anzahl der Tage abstimmen)

Modul Stichtag:

Als Stichtag für die Umschaltung zur Synchronisierung und die Abschaltung der parallele Sync-Mailingliste wird der xx.xx.xxxx festgelegt.

(Bitte genauen Termin abstimmen)

Modul Transparenz:

Das Forum ist ohne/mit Registrierung für alle Besucher öffentlich einsehbar.

(Öffentlichkeit abstimmen)

Begründung:

Eine Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten im Landesverband Brandenburg wird von zahlreichen Mitgliedern gewünscht. Jeder muss die Möglichkeit haben, sich über alle aktuellen Diskussionen im Landesverband Brandenburg - auch anonym und uneingeschränkt - zu informieren. Entwicklungsprozesse für Meinungen und Positionen der politischen Arbeit der Piratenpartei in Brandenburg müssen nachvollziehbarer gestaltet werden.

Ein sehr wichtiger Grund ist unser Konzept der Mitmach-Partei, der Öffentlichkeit und Transparenz, deren kernbasiertes Ziel ist es, die Öffentlichkeit an den Diskussionen zu verschiedenen Themen teilhaben zu lassen und die Möglichkeiten zu schaffen, auch Nicht-Piraten daran teilnehmen zu lassen.